

## Inhalt

Hilfen zur Erziehung auf neuem Höchststand – eine Spurensuche	1
Stabilität trotz Expansion – zu den Nebenwirkungen des Personalwachstums	5
„Da war doch noch was?“ Der Hort als wenig beachtete Betreuungsalternative zur Ganztagschule im Grundschulalter	9
Ausgabensteigerung – ein Plus um weitere 2,3 Milliarden in 2014	12
Welche Folgen hat die Umstellung der Bevölkerungsstatistik für die Kinder- und Jugendhilfestatistik?	14
Wie brauchbar ist die 13. Bevölkerungsvorausberechnung für Planung und Berichterstattung?	17
Notizen	20

## Editorial

Kom<sup>Dat</sup> hat den Anspruch, die neuesten Ergebnisse der KJH-Statistik aufzugreifen und anhand der aktuellen Zahlen wichtige Themen der Kinder- und Jugendhilfe empirisch zu beleuchten und zu kommentieren. Herausgekommen ist mit der aktuellen Ausgabe ein Heft, in dem die Zuwanderung und die Lage der Flüchtlinge ein Thema ist, in dem es aber auch mit unterschiedlichen Akzentsetzungen um das Thema „Wachstum“ geht: Da ist etwa das kritisch beäugte Wachstum in punkto Ausgaben und Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung. Ganz anders verhält es sich mit der Personalzunahme in der Kindertagesbetreuung. Diese wird eher als Erfolgsgeschichte des Berufsfeldes wahrgenommen, zumal dabei nicht nur das Qualifikationsniveau gehalten werden konnte, sondern nach und nach auch die Zahl der Männer – wenngleich auf bescheidenem Niveau – zunimmt. Und wieder anders stellt sich das Wachstum mit Blick auf die Zunahme der Hortkinder dar. So verwundert es angesichts des Ausbaus der Ganztagschulen schon ein wenig, dass der Hort allen Unkenrufen zum Trotz kein Auslaufmodell ist, sondern in einigen Ländern nach wie vor von Eltern nachgefragt wird. Die beiden letzten Artikel betrachten die Bevölkerungsstatistik. Die Bevölkerungsfortschreibung und die Bevölkerungsvorausberechnung sind zentrale Referenzpunkte unserer Analysen. Grund genug also, sich einmal näher und eher methodisch hiermit zu befassen. Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre und alles Gute für das Jahr 2016.

## Hilfen zur Erziehung auf neuem Höchststand – eine Spurensuche

Kurz vor Jahresende hat das Statistische Bundesamt die Daten des Jahres 2014 zu den Hilfen zur Erziehung veröffentlicht. Mit einer Gesamtzahl von 1.037.728 jungen Menschen, die 2014 eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch genommen haben, wurde ein neuer Höchststand erreicht: Noch nie erhielten mehr Kinder, Jugendliche und junge Volljährige eine entsprechende Leistung. Zu fragen ist daher, welche Hilfeformen besonders stark ansteigen. Ein besonderes Augenmerk wird hier auf den Bereich der Fremdunterbringungen, insbesondere auf die stationären Unterbringungen (§ 34 SGB VIII) zu legen sein. Für die Heimerziehung ist 2014 im Vergleich zu den letzten Jahren der stärkste Anstieg bei den Neuhilfen zu beobachten. Dabei sollen vor allem das Alter, das Geschlecht und die spezifischen Lebenslagen als Einflussgrößen genauer unter die Lupe genommen werden.

### Neuer Höchststand an Hilfen zur Erziehung

Die Zahl der 2014 in Anspruch genommenen Leistungen der Hilfen zur Erziehung und der von diesen erreichten jungen Menschen ist 2014 mit über einer Mio. Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen, und damit rund 20.000 mehr als im Vorjahr (+2%), wiederum auf einen neuen Höchststand gestiegen. Bezogen auf die unter 21-jährige Bevölkerung haben – statistisch betrachtet – damit fast 7% dieser Altersgruppe irgendeine HzE-Leistung erhalten (vgl. Abb. 1). Betrachtet man die Entwicklung seit 2008, haben die Hilfen zur Erziehung in diesem Zeitraum um rund 15% (133.500 Fälle) zugenommen. Zwischen 2008/2009 hat es mit rund 6% hierbei noch den größten Zuwachs gegeben; in den Folgejahren bis 2013 fiel dieser deutlich geringer aus (zwischen 1% und 3%) bzw. stagnierte.

### Mehr neue Hilfen – größter Zuwachs bei der Heimerziehung

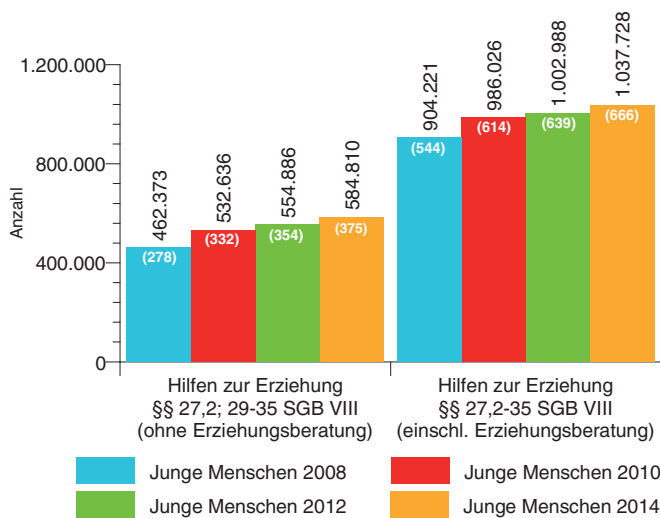
Wechselt man die Perspektive und betrachtet die aktuelle Gewährungspraxis der erzieherischen Hilfen, also die neu begonnenen Leistungen, so ist die Zahl der über die KJH-Statistik gezählten 531.458 jungen Menschen, bei denen 2014 eine Hilfe zur Erziehung neu begonnen wurde, gegenüber dem Vorjahr um etwa 11.700 Kinder und Jugendliche (+2%) gestiegen.

Das bedeutet, dass nach einer Phase der Konsolidierung zwischen 2010 und 2013 (vgl. Kom<sup>Dat</sup> 1/2015) wieder eine geringe Zunahme der jährlich neu gewährten Hilfen festzustellen ist, die mit der Entwicklung vor 2010 zu vergleichen ist (zwischen 2008 und 2010 stieg die Anzahl der jungen Menschen ebenfalls jährlich um rund 2% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr). Insofern handelt es sich mit Blick auf die jüngste Entwicklung für das Jahr 2014 bei den Neuhilfen um den höchsten Zuwachs seit 2010.

Dieser Befund ist ambivalent: Auch wenn man im Lichte der anhaltenden jährlichen Anstiege nicht mehr von einer Konsolidierung der Gewährungspraxis sprechen mag, so fällt der Zuwachs in der Summe dennoch moderat aus. Aufschlussreicher ist daher die Betrachtung der einzelnen Leistungssegmente (vgl. Abb. 2).

**Erziehungsberatung:** Die absoluten Fallzahlen für diese Hilfeart sind bundesweit, wie schon im Vorjahr, leicht gestiegen (+1%). Allerdings werden die Höchstwerte von 2010 bei der Gewährung dieser Leistung noch nicht wieder erreicht. Insgesamt ist bei allen Schwankungen für die Erziehungsberatung für die letzten Jahre von einer relativ stabilen Inanspruchnahme und einer konstant hohen Anzahl an Neuhilfen auszugehen.

**Abb. 1: Junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) (Deutschland; 2008 bis 2014)<sup>1</sup>**



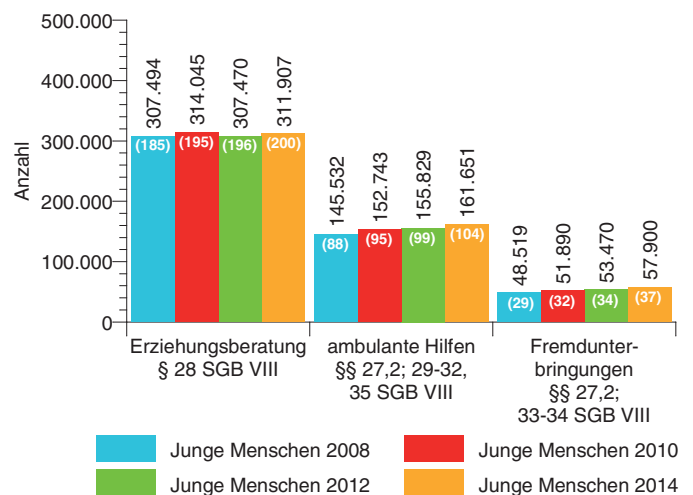
<sup>1</sup> Aufsummierung der am 31.12. andauernden und der innerhalb des Jahres beendeten Hilfen; Angaben absolut sowie (in Klammern) Inanspruchnahme pro 10.000 der unter 21-Jährigen.  
Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

- Die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung steigt weiterhin. 2014 wurde ein neuer Höchststand bei den Fallzahlen registriert.
- Für 2014 ist der höchste Anstieg bei den jährlich neu gewährten Hilfen seit 2010 zu beobachten. Dieser geht vor allem auf die Fremdunterbringung und dort insbesondere auf die Heimerziehung zurück.
- Bei der Zunahme der Neufälle in der Heimerziehung handelt es sich vor allem um männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die sogenannte „Unversorgtheit“ junger Menschen erweist sich mittlerweile als Hauptgrund für die Hilfestellung für diese Gruppe.
- Diese Entwicklung verweist auf die vermehrten stationären Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Anschluss an eine Inobhutnahme.

**Ambulante Hilfen:** Im Unterschied dazu sind die neu begonnenen ambulanten Hilfen nach zuvor einigen Jahren der Stagnation sowohl absolut als auch anteilmäßig im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlicher angestiegen. Das hängt vor allem mit den Entwicklungen der familienorientierten Hilfen zusammen, d.h. den ambulanten ‚27,2er-Hilfen‘ sowie den Sozialpädagogischen Familienhilfen, die zusammen gegenüber 2013 um rund 6% zugenommen haben. Das entspricht dem aktuell höchsten Anstieg der familienorientierten Hilfen gegenüber den Vorjahreswerten seit 2008. Damit setzt sich der Bedeutungszuwachs der familienorientierten Hilfen im Leistungsspektrum der Hilfen zur Erziehung aus den Vorjahren nicht nur weiter fort, sondern erfährt auch eine neue Dynamik.

**Fremdunterbringung:** Die Zahl der im Jahre 2014 neu realisierten Unterbringungen in Pflegefamilien, Heimen oder betreuten Wohnformen ist gegenüber 2013 um 7% und damit deutlich gestiegen. In der Summe entspricht das dem höchsten Anstieg neuer familienersetzender Hilfen seit 2008. Während die Fallzahlen zwischen 2008 und 2009 noch vergleichsweise deutlich zunahm (+5%), zeigten sich anschließend bis 2013 jährliche Steigerungsraten von unter 2%. Der aktuelle Zuwachs fällt also auf.

**Abb. 2: Junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Leistungssegmenten (Deutschland; 2008 bis 2014; begonnene Hilfen; Angaben absolut, in Klammern Gewährung pro 10.000 der unter 21-Jährigen)**



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Deshalb lohnt in diesem Leistungssegment ein genauerer Blick auf die einzelnen Hilfeformen. Dabei zeigt sich, dass der Anstieg vor allem mit der Dynamik im Arbeitsfeld ‚Heimerziehung‘ zu erklären ist: Während bei der Vollzeitpflege nur knapp 4% mehr Neufälle gegenüber dem Vorjahr registriert wurden, sind es bei der Heimerziehung mehr als 8% bzw. rund 3.000 Fälle. Dies entspricht dem höchsten Zuwachs seit 2008, da die jährliche Zunahme in den Jahren zuvor bei lediglich 2% lag. Dieser Anstieg ist in der Gesamtbetrachtung schon bemerkenswert. Man fragt

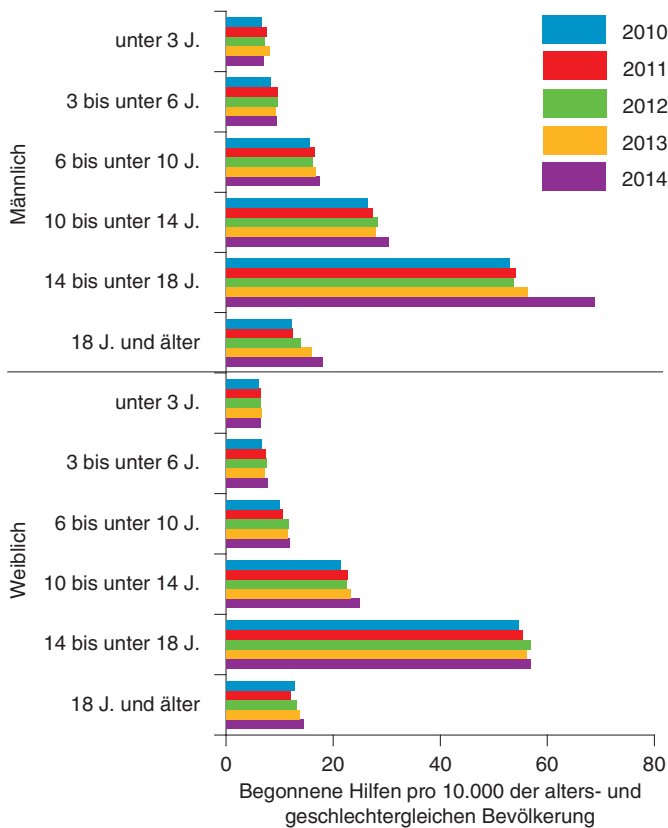
sich, durch was diese Dynamik im letzten Jahr hervorgerufen worden ist.

### Mehr männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Heimerziehung

Vor dem Hintergrund der aktuell steigenden Fallzahlen in der Heimerziehung stellt sich die Frage: Wer verbirgt sich hinter dieser Entwicklung insbesondere in den letzten Jahren?

Mit Blick auf das Alter der jungen Menschen in der Heimerziehung zeigt sich, dass zwischen 2013 und 2014 die Quote vor allem bei den männlichen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren stark angestiegen ist, eine Altersgruppe, in der mengenmäßig die Hilfen ohnehin deutlich höher liegen. Während die Quote bei dieser Gruppe zwischen 2010 und 2013 noch von 53 auf 56 Hilfen pro 10.000 der alters- und geschlechtsspezifischen Bevölkerung stieg, erhöhte sich dieser Wert binnen eines Jahres auf 69 Hilfen in 2014 (vgl. Abb. 3).

**Abb. 3: Junge Menschen in der Heimerziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Alter und Geschlecht (Deutschland; 2010 bis 2014; begonnene Hilfen; Gewährung pro 10.000 der unter 21-Jährigen)**



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Damit fällt die Quote nicht nur im Vergleich zu den Vorjahren deutlich höher aus, sondern sie liegt – anders als in den Jahren zuvor – auch weit über der für die Mädchen bzw. jungen Frauen (57 Hilfen). Noch detaillierter betrachtet sind es vor allem die 16- und 17-jährigen jungen Män-

ner, die für diese Entwicklung ausschlaggebend sind: Von den insgesamt 3.041 neu gewährten Heimerziehungen entfallen allein 57% auf diese beiden Altersjahre junger Männer.

Betrachtet man zudem die jungen Menschen in der Heimerziehung nach ihrer zu Hause gesprochenen Sprache, so wird sehr deutlich sichtbar, dass insbesondere die jungen Menschen, die zuhause kein Deutsch sprechen, seit 2010 an Bedeutung gewonnen haben. Diese Entwicklung zeichnet sich für beide Geschlechter ab, ist aber besonders deutlich bei den männlichen jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten: Zwischen 2010 und 2014 hat sich deren Anteil in der Gruppe der neu begonnenen Heimerziehungen von knapp 16% auf 29% fast verdoppelt (vgl. Tab. 1).

Auch hier genauer hingeschaut, zeigt sich, dass dies vor allem die Altersgruppe der Jugendlichen betrifft. Hatte 2010 jeder vierte männliche 15- bis unter 18-Jährige in der Heimerziehung einen Migrationshintergrund, so sind es im Jahr 2014 bereits 46%. Allein zwischen 2013 und 2014 ist diese Quote um 12 Prozentpunkte gestiegen. Bei keiner anderen Altersgruppe – auch nicht bei den Mädchen bzw. jungen Frauen – lässt sich eine vergleichbare Dynamik beobachten.

**Tab. 1: Junge Menschen in der Heimerziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Geschlecht und nichtdeutscher Familiensprache (Deutschland; 2010 bis 2014; begonnene Hilfen; Angaben absolut und in %)**

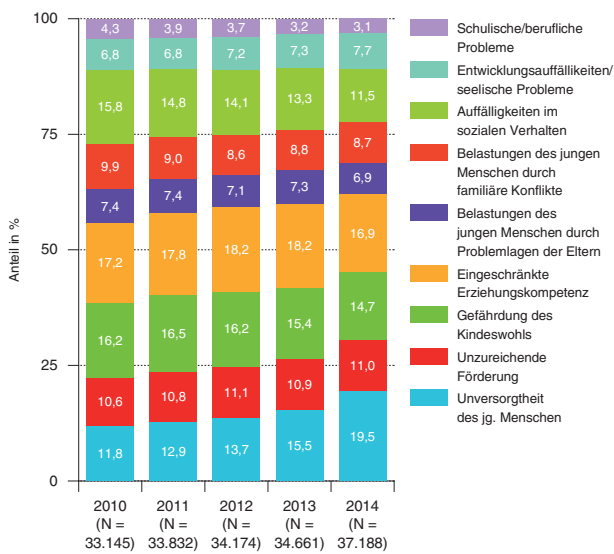
Jahr	Männlich		Weiblich	
	Begonnene Hilfen (absolut)	dar. nicht-deutsche Familiensprache (in %)	Begonnene Hilfen (absolut)	dar. nicht-deutsche Familiensprache (in %)
2010	18.559	15,5	16.163	12,1
2011	19.107	17,6	16.388	12,6
2012	19.199	18,6	16.849	13,2
2013	19.891	21,8	16.787	13,8
2014	22.483	28,9	17.236	14,7

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

### Unversorgtheit des jungen Menschen als Hauptgrund für Heimerziehungen

Die Analysen zu den Gründen für eine entsprechende Hilfe deuten ebenfalls eine Verschiebung in der Zusammensetzung der jungen Menschen in der stationären Unterbringung an. Wurden diese zwischen 2010 und 2013 hauptsächlich aufgrund der eingeschränkten Erziehungskompetenz der Eltern bzw. Sorgeberechtigten im Heim untergebracht, so wird 2014 erstmalig die Unversorgtheit junger Menschen als Hauptgrund am häufigsten genannt (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Hilfen gem. § 34 SGB VIII (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Hauptgrund der Hilfe (Deutschland; 2010 bis 2014; begonnene Hilfen; Anteil in %)<sup>1</sup>



1 Ohne Zuständigkeitswechsel der Jugendämter.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Dies dürfte insbesondere mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) des Jahres 2014 zusammenhängen (vgl. Fendrich/Pothmann/Tabel 2014). Verfeinert man nämlich auch hier die Perspektive um das Alter und das Geschlecht, so fällt der Anteil bei den männlichen Jugendlichen am deutlichsten aus: 40% der 15- bis unter 18-Jährigen wurden 2014 mit dem Grund „Unversorgtheit“

in einem Heim untergebracht; 2010 war der Anteil noch halb so hoch. Weder bei den altersgleichen jungen Frauen noch bei anderen Altersgruppen ist eine vergleichbare Entwicklung bei der Hilfestellung erkennbar.

### Fazit und Ausblick

Insgesamt signalisieren die aktuellen Daten, dass die Fremdunterbringungen deutlich an Bedeutung gewinnen. Dies gilt insbesondere für die Heimerziehung. Ein wesentlicher Grund dürfte – auch wenn diese Statistik keine so konkreten Hinweise liefert wie die § 42er-Statistik – in der seit mehreren Jahren steigenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge liegen, deren Anzahl zuletzt auch bei den Inobhutnahmen deutlich gestiegen ist (vgl. Kom<sup>Dat</sup> 2/2015). Die Detailanalysen zu Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund legen diese Schlussfolgerung jedenfalls nahe. Bei den umF handelt es sich ganz überwiegend um männliche Jugendliche in diesem Alter (vgl. Fendrich/Pothmann/Tabel 2014).

Wurde bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen (vgl. Kom<sup>Dat</sup> 3/2012), dass womöglich die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der stationären Unterbringung eine zunehmende Rolle spielen werden, so belegen die aktuellen Analysen, dass diese Entwicklung sich nicht nur fortsetzt, sondern eine neue Dynamik gewinnt. Die jüngsten gesellschaftlichen Entwicklungen sowie die aktuellen Zahlen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland (vgl. BumF 2015) legen den Schluss nahe, dass auch im Jahr 2015 mit weiter steigenden Zahlen vor allem bei der stationären Unterbringung gerechnet werden muss.

Sandra Fendrich/Agathe Tabel

### Erziehungshilfen und Jugendhilfe im Visier des Instituts der deutschen Wirtschaft

[jp] In der Ausgabe 4/2015 der Vierteljahresschrift zur Wirtschaftsforschung – eine Publikation des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) – befassen sich Marie Möller und Dominik Enste in ihrem Beitrag „Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe?“ ausführlich mit der Höhe und der Verteilung der finanziellen Aufwendungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Möller/Enste 2015). Datenbasis ist eine mitunter irritierende Kombination von Ergebnissen der KJH-Statistik zu den Ausgaben und den Gefährdungseinschätzungen.

Über die empirischen Analysen der „IW-Studie“ sollen einerseits die fiskalische und volkswirtschaftliche Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe beleuchtet sowie andererseits die Finanzierungsmodalitäten und Trägerstrukturen betrachtet werden. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen korrespondieren weitgehend mit denen des 20. Hauptgutachtens der Monopolkommission zur Kinder- und Jugendhilfe. Zu wenig Wettbewerb, nicht gerechtfertigte steuerrechtliche Privilegierungen oder auch ein ineffizienter Mitteleinsatz sowie eine fehlende Leistungsevaluation müssen hier als Schlagworte genügen (vgl. Monopolkommission 2014, S. 153ff.). Im jugendhilfepolitischen Raum werden diese Themen dis-

kutiert (vgl. z.B. AGJ 2014) wie auch die Bundesregierung in einer Unterrichtung an den Bundestag hierzu Stellung bezogen hat (vgl. Deutscher Bundestag 2015).

Dass der Status quo des Korporatismus von öffentlichen und freien Trägern bei allen Vorzügen auch kritisch betrachtet werden kann und muss, steht außer Frage. Entsprechende Analysen sind nicht nur von der Sachverständigenkommission zum 14. Kinder- und Jugendbericht vorgelegt worden, sondern auch in früheren Ausgaben ist hierauf auf der Basis von Ergebnissen der KJH-Statistik eingegangen worden (vgl. z.B. Kom<sup>Dat</sup> 1&2/2014). Und auch die „IW-Studie“ bemüht zu diesem Thema einmal mehr die KJH-Statistik. Allerdings werden die Daten überstrapaziert.

Eine erste Überstrapazierung zeigt sich bei der Kennzahlenbildung: So wird beispielsweise die Zahl der Gefährdungseinschätzungen als der zentrale Bedarfsindikator für die mit zuletzt 37 Mrd. EUR aus öffentlichen Kassen (vgl. Schilling i.d.H.) finanzierten Leistungen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe eingeführt. Dies mündet in der Bildung einer mehr oder weniger nichtssagenden Kennzahl „Ausgaben Hilfen zur Erziehung pro tatsächlichem Gefährdungsfall“. Nichtssagend deshalb, weil doch zur Kenntnis genommen werden sollte, dass die Inanspruchnahme eines „Kita-Platzes“ oder eines Angebotes der Kinder- und Jugendarbeit erst einmal nichts mit dem

Verfahren einer Einschätzung des Gefährdungsrisikos für ein Kind oder einen Jugendlichen zu tun hat. Selbst in den Hilfen zur Erziehung ist es nur eine Minderheit der Fälle, die über ein solches „8a-Verfahren“ zustande kommt. Für das Jahr 2014 liegt der Anteil bei 12%; rechnet man die Erziehungsberatung hinzu, beträgt dieser sogar nur 5%. Andere bedarfsgenerierende Faktoren, die zu einem Anstieg von Inanspruchnahme und Ausgaben in den Hilfen zur Erziehung führen, werden bedauerlicherweise nicht einmal erwähnt. Dies gilt mit Blick auf aktuelle Zunahmen aufgrund der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (vgl. Fendrich/Tabel i.d.H.), aber auch der vielfach nachgewiesene Zusammenhang von Armutslagen und „HzE-Bedarf“ wird bei den Analysen zu den regionalen Unterschieden lediglich beiläufig und auch nur mit Blick auf die Erklärung von Länderunterschieden erwähnt.

Eine zweite Überstrapazierung zeigt sich mit Blick auf die Konstruktion von Kausalitäten zwischen einerseits der Ausgabenhöhe und -entwicklung und andererseits den eingangs erwähnten Schlussfolgerungen für die Finanzierungsmodalitäten und Trägerstrukturen. Allein aber aus der Höhe der finanziellen Aufwendungen und einer Zunahme von Leistungen auf eine ineffiziente Mittelverwendung durch öffentliche und freie Träger zu schließen, wie dies in der IW-Studie getan wird, ist wohl eher ein „Bären-dienst“ für eine nach vorne gerichtete Strukturdebatte in der Kinder- und Jugendhilfe. Daran ist vor allem bedauerlich, dass wichtige Forderungen für die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung – wie z.B. eine flächendeckende und verbindliche Leistungsevaluation – weniger ernst genommen werden dürften.

## Stabilität trotz Expansion – zu den Nebenwirkungen des Personalwachstums

Aufgrund der Ausweitung der Angebote der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige sowie der Ausweitung der Betreuungszeiten im Kindergarten hat sich das Personalvolumen weiter erhöht. So ist die Anzahl des pädagogischen Personals (einschließlich der Einrichtungsleitungen) auch nach Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für 1- und 2-Jährige um 27.370 Personen (ohne hauswirtschaftliches und technisches sowie Verwaltungspersonal) und damit erneut deutlich gestiegen. In Anbetracht dessen stellen sich einige Fragen, die nachfolgend verfolgt werden: Wird diese Expansion ausschließlich durch junge Nachwuchskräfte oder auch weiterhin durch berufliche Wiedereinsteiger/-innen getragen? Erfolgt der Zuwachs von betreuten Kindern und Personal gleichläufig und kann so der bisher erreichte Personalschlüssel aufrechterhalten werden? Trägt die aktuelle Expansion dazu bei, dass verstärkt geringer qualifiziertes Personal eingesetzt wird und die Beschäftigungsverhältnisse unsicherer werden?

### Gesamtentwicklung

Am 01.03.2015 waren in Kindertageseinrichtungen insgesamt 642.269 Personen beschäftigt; von diesen waren 87.245 Personen im Bereich Hauswirtschaft/Technik und 5.111 überwiegend im Bereich Verwaltung tätig. Somit beläuft sich die Anzahl des pädagogischen Personals inklusive der Einrichtungsleitungen auf zusammen 549.913 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr (März 2014) ist damit bundesweit die Anzahl um 27.370 Personen gestiegen. Das ist erneut ein deutlicher Anstieg, auch wenn er im Jahr zuvor, dem Jahr des Rechtsanspruchs, mit 30.754 etwas höher lag. Bisher kaum beachtet wurde, dass die Hauswirtschaftskräfte ebenfalls stark zugenommen haben. Seit 2006 ist ihre Anzahl um fast 28.000 Personen gestiegen, was einer prozentualen Steigerung um 47% entspricht. Dies macht deutlich, dass die Kindertagesbetreuung nicht nur ein bedeutendes pädagogisches Arbeitsfeld ist, sondern auch andere Dienstleistungsberufe von der Expansion profitieren.

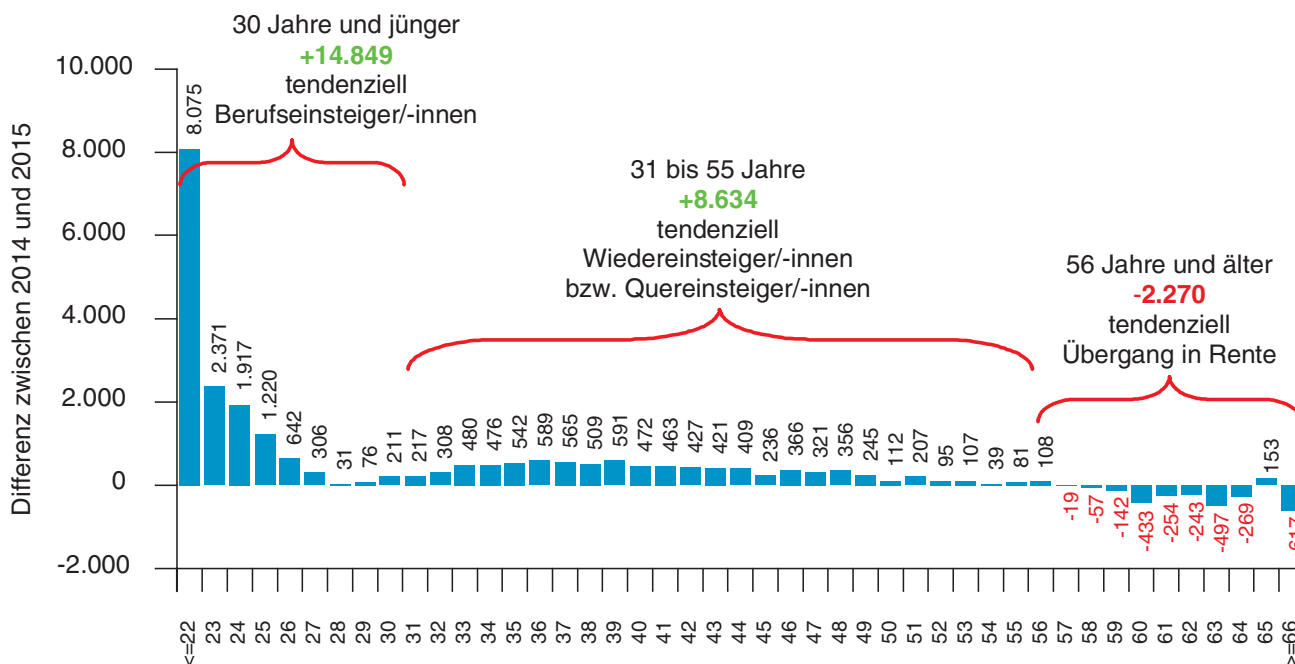
Für Ost und West zeigen sich dabei ähnliche Entwicklungen. Das heißt: Der Zuwachs des pädagogischen Personals (einschließlich der Einrichtungsleitungen) beläuft sich zwischen 2014 und 2015 in Westdeutschland auf 23.775 Personen bzw. auf ein Plus von 5,8%. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) fällt die Steigerung mit 3.595 Personen bzw. 3,2% etwas geringer aus.

### Woher die „Neuen“ kommen

Diese anhaltenden Zuwächse sind erheblich. Umso mehr stellt sich die Frage, ob die „Neuen“ ausschließlich frisch Examinierte der einschlägigen Ausbildungsberufe sind oder ob der Personalzuwachs auch weiterhin mittels Wiedereinstiegen realisiert wird. Zwar liegen keine Verlaufsdaten für die einzelnen Beschäftigten vor, aber mit jahrgangsspezifischen Vergleichen zwischen 2014 und 2015 (pro Jahrgang jeweils ein Jahr später) kann man prüfen, wie viele Personen pro Altersjahr dazugekommen sind. Dabei müssen Praktikant(inn)en ebenso herausgerechnet werden wie diejenigen, die ein „Freiwilliges Soziales Jahr“ (FSJ) oder den Bundesfreiwilligendienst ableisten, da diese Personengruppen höchstens für ein Jahr beschäftigt werden.

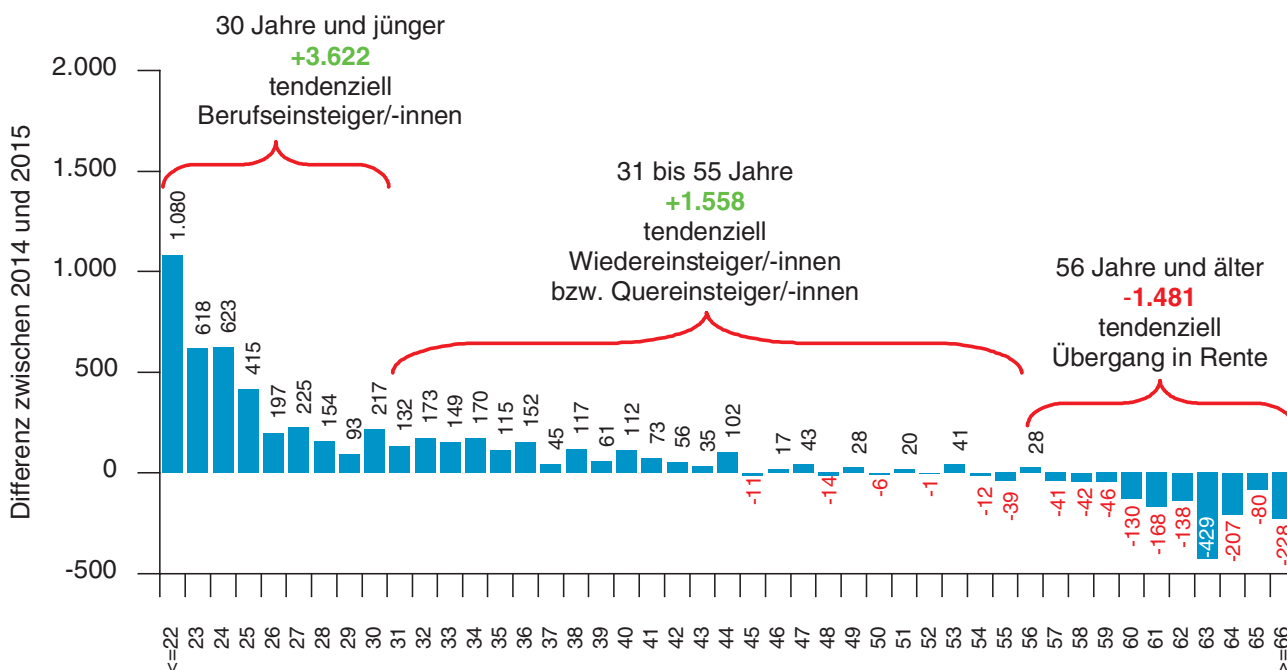
Bei diesem jahrgangsgenauen Vergleich zeigt sich, dass der Zuwachs in Westdeutschland mit einem Plus von mindestens 14.849 Beschäftigten mehrheitlich bei den Jüngeren (30 Jahre und jünger) und damit eher am Berufseinstieg zu beobachten ist (vgl. Abb. 1). Allerdings ist die Ausdehnung auch in der mittleren Altersgruppe (31 bis 55 Jahre), bei den Wiedereinsteiger(inne)n bzw. den Quereinsteiger(inne)n, mit zusammen 8.634 weiterhin auffällig hoch. Im Unterschied dazu verlassen am Übergang in die Rente oder in die Berufsunfähigkeit (56 Jahre und älter) mindestens 2.270 Personen das Arbeitsfeld. Insgesamt zeigt sich im Vergleich zu den Vorjahren, dass die Anzahl der Wiedereinstiege leicht abgenommen (von

Abb. 1: Differenz der pädagogisch Tätigen<sup>1</sup> in Kindertageseinrichtungen nach Altersjahren zwischen 2014 und 2015 (Westdeutschland; 2014 projiziert auf 2015; Angaben absolut)



1 Ohne Praktikant(inn)en, Personen, die ein „Freiwilliges Soziales Jahr“ bzw. den Bundesfreiwilligendienst ableisten, und sonstige Beschäftigte.  
 Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Abb. 2: Differenz der pädagogisch Tätigen<sup>1</sup> in Kindertageseinrichtungen nach Altersjahren zwischen 2014 und 2015 (Ostdeutschland einschl. Berlin; 2014 projiziert auf 2015; Angaben absolut)



1 Ohne Praktikant(inn)en, Personen, die ein „Freiwilliges Soziales Jahr“ bzw. den Bundesfreiwilligendienst ableisten, und sonstige Beschäftigte.  
 Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

9.262 im Jahr 2013 auf 8.634 Personen im Jahr 2015), die Anzahl der Berufseinstiege hingegen leicht zugenommen hat (von 12.239 im Jahr 2013 auf 13.583 im Jahr 2015).

In Ostdeutschland ist der Personalzuwachs mit einem Plus von 3.622 Personen deutlicher auf die Berufseinstiegsphase zurückzuführen (vgl. Abb. 2). Der Wieder/Quereinstieg macht demgegenüber nur einen Anteil von 1.558 Personen aus. Zudem ist ihre Anzahl in den letzten Jahren leicht zurückgegangen (von 1.972 im Jahr 2013 auf 1.558 Personen im Jahr 2015). Zugleich zeigt sich, dass

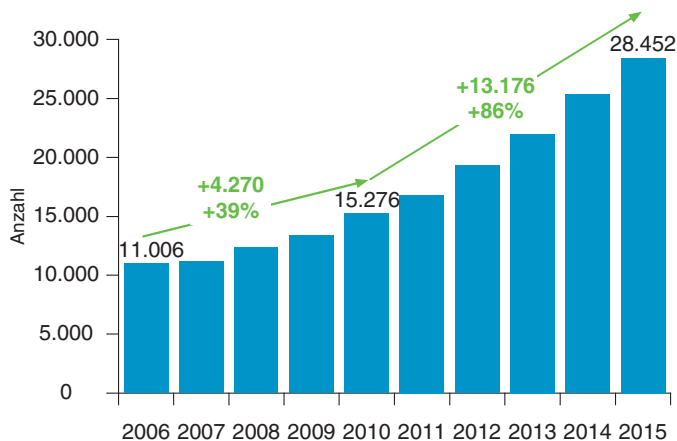
stiegsphase zurückzuführen (vgl. Abb. 2). Der Wieder/Quereinstieg macht demgegenüber nur einen Anteil von 1.558 Personen aus. Zudem ist ihre Anzahl in den letzten Jahren leicht zurückgegangen (von 1.972 im Jahr 2013 auf 1.558 Personen im Jahr 2015). Zugleich zeigt sich, dass

es in Ostdeutschland ab dem Alter von 40 Jahren keine nennenswerten Wiedereinstiege mehr gibt, während diese in Westdeutschland bis zum Alter von 55 Jahren anhalten. Zentrales Ergebnis ist somit, dass der zusätzliche Personalbedarf vor allem durch Berufseinsteiger/-innen gedeckt wird, während das Potenzial an Wiedereinsteiger(inne)n offensichtlich kontinuierlich abnimmt. In der Konsequenz bedeutet dies, dass im Falle eines anhaltenden zusätzlichen Personalbedarfs – etwa aufgrund eines weiteren U3-Ausbaus, aufgrund verbesserter Personalschlüssel oder dem Ausbau der Ganztagsangebote – zunehmend nur noch neu ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Das zusätzliche Potenzial von in den Beruf zurückkehrenden Fachkräften der mittleren Altersgruppe wird weiterhin abnehmen.

### Mehr Männer in Kitas

Die Analysen zur Personalstruktur haben immer wieder darauf hingewiesen, dass der Anteil der Männer mit pädagogischen Tätigkeiten in Kindertageseinrichtungen ausgesprochen gering ist – der prozentuale Anteil lag jeweils zwischen 3% und 4%. Fast unbemerkt hat sich dieser Anteil allerdings ab dem Jahr 2010 erhöht. Im Jahr 2006 wurden in Deutschland erst 11.006 Männer in Kindertageseinrichtungen beschäftigt, im Jahr 2010 waren es 15.276 und bis 2015 ist ihre Anzahl noch einmal kräftig auf zuletzt 28.452 Männer angestiegen (vgl. Abb. 3).

Abb. 3: Anstieg des männlichen pädagogischen Personals (einschl. Einrichtungsleitungen) (Deutschland; 2006 bis 2015; Angaben absolut)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Insgesamt hat somit die Anzahl seit 2006 um 17.446 Männer bzw. 159% zugenommen. Prozentual hat sich der Anteil der Männer an allen Beschäftigten dadurch von 3,1% im Jahr 2006 auf 5,2% im Jahr 2015 erhöht.

In der Feinanalyse zeigt sich, dass der männliche Anteil insbesondere bei den jüngeren Jahrgängen angestiegen ist: Ihr Anteil beträgt bei den 20- bis unter 35-Jährigen inzwischen rund 8%. Bei den unter 20-Jährigen liegt der Anteil mit rund 17% noch deutlich höher, was allerdings auf die Praktikanten und Männer im „Freiwilligen Sozialen

Jahr“ sowie im Bundesfreiwilligendienst zurückzuführen ist. In der Summe bedeutet dies, dass das (expandierende) Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung offensichtlich für jüngere Männer interessanter geworden ist.

Berücksichtigt man jedoch den Anteil der männlichen Schüler in der Erzieherausbildung als Referenzgröße, so wird deutlich, dass das Potenzial der männlichen Beschäftigten in der Berufseinstiegsphase noch keineswegs ausgeschöpft ist: Der Anteil der Schüler an allen Auszubildenden beträgt 16,5% (vgl. Pasternack 2015, S. 237), liegt also deutlich oberhalb des Anteils beim Berufseinstieg.

Auffallend ist, dass die männlichen Anteile bei den 20- bis unter 35-Jährigen in den verschiedenen Tätigkeiten nicht analog zu den Hierarchieebenen steigen (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Anteil der männlichen pädagogisch Tätigen in Kindertageseinrichtungen nach Art der hauptsächlichen Tätigkeit und Altersgruppen (Deutschland; 2015; Angaben absolut und in %)

		Insgesamt	Unter 20 J.	20 bis unter 35 J.	35 bis unter 55 J.	55 J. und älter
	Anzahl	In % von allen Beschäftigten				
Gruppenleitung	8.945	4,1	6,3	7,0	3,3	1,3
Zweit- bzw. Ergänzungskraft	11.006	5,1	15,3	7,7	2,7	1,2
Gruppenübergreifend tätig	5.503	8,0	19,7	11,9	5,2	2,7
Förderung von Kindern mit Behinderung	1.248	5,8	20,9	9,2	4,2	3,6
Leitung	1.750	5,8	10,0	9,5	6,0	4,3
Zusammen	28.452	5,2	16,5	8,1	3,5	1,9

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege 2015; eigene Berechnungen

Eigentlich wäre aufgrund der bisherigen Beobachtungen zu erwarten gewesen, dass der höchste Anteil bei der Einrichtungsleitung, der zweithöchste bei der Gruppenleitung etc. anzutreffen wäre. Der höchste Anteil zeigt sich aber bei den gruppenübergreifenden Tätigkeiten (12%), der geringste bei der Gruppenleitung (7%). Diesbezüglich wird die weitere Entwicklung spannend sein: Dann wird sich zeigen, ob die Männer auf den gleichen Positionen wie die Frauen bleiben oder ob sie – wenn sie im Feld bleiben – mehr und mehr in Führungs- und Koordinierungspositionen vordringen.

### Keine Verschlechterung des Personalschlüssels – trotz Ausbau

Die Anzahl des Personals ist wie die Anzahl der betreuten Kinder stark gestiegen. Die Frage ist allerdings, ob dies gleichläufig geschehen ist, d.h., ob die Personalstandards beibehalten wurden oder ob sie abgesenkt oder gar – wie in den Jahren zuvor – verbessert wurden. Zur Beurteilung dieser Frage greifen wir auf die Berechnungsmethode zurück, die von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik entwickelt worden ist. Dabei werden sämtliche

Personalressourcen einer Einrichtung den Gruppen zugeordnet und den vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten der Kinder pro Gruppe gegenübergestellt (vgl. Infokasten mit methodischen Hinweisen).

Die Ergebnisse für 2015 zeigen im Vergleich zu 2014 erfreulicherweise, dass der Personaleinsatz in den Gruppen für unter 3-Jährige nicht abgesenkt wurde (vgl. Tab. 2). Nur in 3 Ländern (NRW, RP und TH) hat sich der Personalschlüssel minimal um 0,1 Punkte verschlechtert, in allen anderen Ländern ist der Personalschlüssel gleich geblieben oder hat sich sogar leicht verbessert. In den klassischen Kindergartengruppen hat sich der Personalschlüssel in mehreren Ländern sogar um 0,2 bis 0,3 Punkte verbessert. Die größte Verbesserung ist in Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Hier betreute rechnerisch eine vollzeittätige Person fast ein halbtags betreutes Kind weniger als noch im Vorjahr (von 1 : 8,7 auf 1 : 8,3).

**Tab. 2: Mittlerer Personalschlüssel in Tageseinrichtungen nach Gruppentypen (Länder; 2014 und 2015; Angaben der Ganztagsbetreuungsäquivalente bezogen auf ein Vollzeitäquivalent)**

Land	Gruppe mit Kindern im Alter von unter 3 Jahren			Gruppe mit Kindern im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt		
	2014	2015	Diff.	2014	2015	Diff.
	Personalschlüssel 1 : ...			Personalschlüssel 1 : ...		
BW	2,9	2,9	0,0	7,3	7,0	0,3
BY	3,7	3,6	0,1	8,6	8,4	0,2
BE	5,6	5,5	0,1	8,3	8,1	0,2
BB	6,0	6,0	0,0	10,9	10,8	0,1
HB	3,1	3,1	0,0	7,1	7,1	0,0
HH	4,6	4,6	0,0	7,8	7,8	0,0
HE	3,6	3,6	0,0	9,0	9,0	0,0
MV	5,7	5,7	0,0	13,4	13,2	0,2
NI	3,8	3,7	0,1	7,9	7,7	0,2
NRW	3,3	3,4	-0,1	8,7	8,3	0,4
RP	3,3	3,4	-0,1	8,5	8,2	0,3
SL	3,4	3,4	0,0	8,9	8,8	0,1
SN	6,0	6,0	0,0	12,3	12,2	0,1
ST	6,2	6,0	0,2	11,4	11,2	0,2
SH	3,5	3,5	0,0	8,2	7,9	0,3
TH	4,9	5,0	-0,1	10,5	10,5	0,0
Ost (m. BE)	5,8	5,8	0,1	11,7	11,4	0,3
West (o. BE)	3,4	3,4	0,0	8,3	8,0	0,3
Deutschland	4,1	4,1	0,1	8,9	8,6	0,2

Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

## Das Qualifikationsprofil des Personals

Eine immer wieder geäußerte Befürchtung im Rahmen des U3-Ausbaus war, dass neben einer Verschlechterung der Personalschlüssel auch das Qualifikationsniveau des Personals sinken könnte. Aufgrund des erhöhten Personalbedarfs, der möglicherweise nicht durch einschlägige Fachkräfte gedeckt wird, müsste vermehrt auf un- oder geringqualifizierte Personen zurückgegriffen werden. In

### Methodische Hinweise zum Personalschlüssel

Der Personalschlüssel ist eine auf Basis der amtlichen Statistik rechnerisch ermittelte Kennziffer, die angibt, wie viele betreute Kinder (in Ganztagsbetreuungsäquivalenten) auf eine Person (in Vollzeitbeschäftigungsäquivalenten) kommen. Anhand dieser Kennziffer kann keine Aussage getroffen werden, wie viel Zeit das pädagogische Personal direkt mit den Kindern verbringt, weil die Zeit für die sogenannte „mittelbare pädagogische Arbeit“ wie Teamsitzungen, Elterngespräche, Vor- und Nachbereitungszeit sowie Ausfallzeiten durch Krankheit, Urlaub und Fortbildung statistisch nicht eigens ausgewiesen wird. Mit Hilfe dieser – auf Basis einer amtlichen Vollerhebung berechneten – Kennziffer kann jedoch dargestellt werden, welche Personalausstattung pro Einrichtung für welche Anzahl an Kindern für die einzelnen Gruppenformen einfließt. Es handelt sich also um einen gruppenbezogenen Personalschlüssel, der das gruppenübergreifende Personal in der Einrichtung (inklusive Leitungspersonal) anteilig einbezieht. Einrichtungen, die angeben, keine Gruppenstruktur zu besitzen, werden bei der Ermittlung des Personalschlüssels nicht berücksichtigt. Zudem werden Gruppen, in denen Kinder mit erhöhtem Förderbedarf wegen körperlicher, geistiger oder drohender bzw. seelischer Behinderung betreut werden, nicht in die Berechnung einbezogen. Der bisher verwendete Begriff „Personalressourceneinsatzschlüssel“ wird nunmehr durch die Kurzform „Personalschlüssel“ ersetzt.

der Gesamtentwicklung zwischen 2006 und 2015 lässt sich beobachten, dass der Anteil der Erzieher/-innen um 1,7 Prozentpunkte gesunken ist. Sie stellen jedoch mit 70,2% nach wie vor den überwiegenden Anteil des pädagogischen Personals in den Einrichtungen dar. Dabei ist ihr Anteil in Ostdeutschland mit 85,6% deutlich größer als in Westdeutschland mit 66,1%. Dort wird mit einem Anteil von 16,2% zusätzlich auf Kinderpfleger/-innen zurückgegriffen. In Ostdeutschland sank der Anteil der Erzieher/-innen seit 2006 mit 4,8 Prozentpunkten stärker als in Westdeutschland (-0,3 Prozentpunkte).

Neben dem Anteil an Erzieher(inne)n sank zwischen 2006 und 2015 im Bundesdurchschnitt auch der Anteil an Kinderpfleger(inne)n um 0,5 Prozentpunkte (Westdeutschland: -1,1 Prozentpunkte; Ostdeutschland: +0,5 Prozentpunkte). Dieser Abnahme des Anteils an qualifizierten Fachkräften steht ein Anstieg entgegen, der sich aus 2 Gruppen zusammensetzt: Auf der einen Seite stieg der Anteil des einschlägig hochschul ausgebildeten Personals wie Sozialpädagog(inn)en und Kindheitspädagog(inn)en um 2,2 Prozentpunkte an (2015: 5,4%). Auf der anderen Seite lässt sich eine leichte Zunahme des pädagogischen Personals von 0,6 Prozentpunkten beobachten, das ohne oder noch in Ausbildung ist (2015: 7,1%), wodurch deutlich wird, dass Einrichtungen häufiger auf Praktikant(inn)en und Personen im FSJ oder im Bundesfreiwilligendienst zurückgreifen. Diese Entwicklung zeigt sich in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland. Während in Ostdeutschland der Anteil des einschlägig hochschul ausgebildeten Personals zwischen 2006 und 2015 von 2,0% auf 5,8% sowie der Anteil des Personals, das (noch) nicht über einen Ausbildungsabschluss verfügt, von 2,3% auf 4,3% anstieg, erhöhte sich demgegenüber in Westdeutschland der Anteil des einschlägig hochschul ausgebildeten Personals von 3,5% auf 5,2%, wobei der Anteil des Personals, das ohne oder noch in Ausbildung ist, in etwa konstant blieb (2006: 7,7%; 2015: 7,8%).

Damit verfügt das Personal in Ostdeutschland weiterhin über höhere Abschlüsse als das in Westdeutschland. Zudem lässt sich zwar ein leichter Anstieg bei dem Personal



beobachten, das keine Ausbildung hat oder sich noch in Ausbildung befindet. Mehrheitlich ist der Rückgang des Anteils an Erzieher(inne)n jedoch vor allem auf den Anstieg des einschlägig hochschulausgebildeten Personals zurückzuführen, so dass trotz des starken Ausbaus keine Dequalifizierungstendenzen des Personals festzustellen sind.

### Entwicklung der Befristungsrisiken

Schließlich bleibt zu fragen, ob sich durch die starke Expansion im Beschäftigungsfeld der Kindertagesbetreuung Veränderungen in den Arbeitsbedingungen ergeben haben. Da erst seit dem Erhebungsjahr 2014 in der amtlichen Statistik zusätzlich nach der Befristung des Beschäftigungsverhältnisses gefragt wird, lassen sich noch keine langen Zeitreihen bilden. Dennoch ist erkennbar, welche Gruppen aktuell überdurchschnittlich oft befristet angestellt sind. Insgesamt besitzen 15,9% des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen (ohne Praktikant(inn)en und Personen im FSJ oder Bundesfreiwilligendienst) einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag. In besonderem Maße ist das junge pädagogische Personal betroffen. 43,3% der unter 25- und immerhin noch 22,4% der 25- bis unter 35-Jährigen sind befristet angestellt.

Mit zunehmendem Alter sinkt die Befristungsquote weiter. Dieser Befund weist darauf hin, dass vor allem Berufseinsteiger/-innen zunächst zeitlich begrenzte Arbeitsverträge erhalten. Weiterhin werden Männer mit 25,2% häufiger befristet angestellt als Frauen mit 15,5%. Dieser Unterschied ist nicht mit dem Alter zu erklären: Obwohl das männliche Personal durchschnittlich jünger ist und bereits deshalb ein erhöhtes Befristungsrisiko hat, ist deren Befristungsanteil in allen Altersgruppen höher als beim weiblichen Personal. Diese Differenz lässt sich in Ostdeutschland noch stärker beobachten als in Westdeutschland.

Darüber hinaus hat jede vierte pädagogisch tätige Person, die weniger als 21 Stunden in der Woche beschäftigt

ist, einen befristeten Vertrag, während pädagogisch Tätige mit höherer Wochenstundenzahl nur zu 14% befristet sind. Zudem deutet sich ein Zusammenhang zwischen dem Arbeitsbereich und dem Anteil an befristeten Verträgen an. Während das Leitungspersonal mit 2,3% erwartungsgemäß kaum und Gruppenleitungen mit 9,0% etwas häufiger befristet angestellt sind, ist der Anteil an Befristungen für das weitere Personal deutlich höher: 21,7% der Zweit- und Ergänzungskräfte, 22,8% der gruppenübergreifend Tätigen und sogar 32,0% des Personals, das zur Förderung von Kindern mit (drohender) Behinderung angestellt ist, haben einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei der letztgenannten Gruppe liegen auffällig starke Länderunterschiede vor: Während in Berlin nur 8,5% dieses Personals befristet ist, liegt der entsprechende Anteil in Hessen bei 55,9%. Für dieses Personal scheinen landespolitische Regelungen und Praktiken dafür verantwortlich zu sein, dass derartige Unterschiede bestehen.

### Fazit

Durch den U3-Ausbau mussten für das Berufsfeld der Kindertagesbetreuung eine Vielzahl zusätzlicher Fachkräfte gewonnen werden, um der steigenden Anzahl an betreuten Kindern gerecht werden zu können. Auch nach Inkrafttreten des Rechtsanspruchs steigt die Anzahl des Personals weiter. Dabei deutet sich an, dass das Potenzial an Wiedereinsteiger(inne)n, die nicht unbedingt geplant hatten, in ihren Beruf zurückzukehren, langsam ausgeschöpft ist und der Personalzuwachs mittlerweile verstärkt durch Berufsanfänger/-innen bewältigt wird. Die Neu- und Wiedereinstellungen vor allem von qualifiziertem Personal führen dazu, dass sowohl der Personalschlüssel verbessert oder zumindest konstant gehalten werden kann und das Qualifikationsniveau des pädagogischen Personals nicht sinkt. Allerdings scheint vor allem das neu hinzukommende pädagogische Personal das Risiko der befristeten Anstellung zu tragen.

*Christiane Meiner-Teubner/Matthias Schilling*

## „Da war doch noch was?“ Der Hort als wenig beachtete Betreuungsalternative zur Ganztagschule im Grundschulalter

Die Zahl der Grundschul Kinder, die einen Hort nutzen, steigt seit Jahren an. Am 01.03.2015 nutzten gut 451.500 Schulkinder unter 11 Jahren ein Hortangebot. Der Befund steigender Hortnutzungszahlen ist widersprüchlich zur öffentlichen Debatte um den Ganztagschulausbau. In dieser wurde vielfach konstatiert, dass der Hort mit Beginn des Ausbaus der Ganztagschulen keine Zukunft mehr habe. Diese Debatte hat ihren Nachhall: Der Hort und seine Entwicklungszahlen werden auch aktuell kaum wahrgenommen. Deutlich wahrgenommen werden indes die Ganztagschule und deren Ausbau. Hier ist die Bilanz beachtlich, im Schuljahr 2013/14 nutzten bereits 846.450 Grundschul Kinder ein solches Angebot. Mit Blick auf den Hort zeigt sich aber, dass dieser in vielen – und in Ostdeutschland sogar in allen Ländern – ein quantitativ zentraler Bestandteil der ganztägigen Bildung, Betreuung und Erziehung ist. Zugleich ist er dort vielfach kein Parallelsystem zur Schule, sondern konstitutiver Bestandteil des schulischen Ganztagsangebots. Dies hat seine Entsprechung in den vorliegenden Daten: Leider ist es nicht möglich, Ganztagschule und Hort statistisch exakt voneinander zu trennen, um einen tiefen Einblick in die Angebotsstrukturen zu ermöglichen.

### Immer mehr Schulkinder im Hort

Am 01.03.2015 nahmen 468.034 Schulkinder ein Angebot der Kindertagesbetreuung zumeist in einem Hort in

Anspruch (weshalb im Folgenden vereinfacht vom Hort die Rede ist). Die ganz überwiegende Zahl davon, exakt 451.549 Kinder, sind unter 11 Jahre alt und besuchen eine Grundschule. Wird dieser Wert relativiert auf die 4 alters-

entsprechenden Jahrgänge, die den Grundschulkindern am nächsten kommen (6,5 bis 10,5 Jahre), so lautet der Befund: 15,7% der Grundschul Kinder in Deutschland nutzen ein Hortangebot. Dabei ist der Anteil im Osten deutlich höher (49,1%) als im Westen Deutschlands (8,1%).

Bereits diese wenigen Zahlen zeigen die wenig bemerkte und zugleich unterschiedliche Relevanz des Hortes für die ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung von Grundschulkindern an. Mehr noch: In der Gesamtschau wird deutlich, dass die Hortangebote seit geraumer Zeit ausgebaut werden. So ist in den letzten 9 Jahren – vom 15.03.2006 bis zum 01.03.2015 – die Anzahl der betreuten Schulkinder um 112.411 bzw. um 33,1% angestiegen. Auch in dieser Hinsicht schreitet der Osten mit einem Plus von 50,6% deutlich voran, während im Westen der Zuwachs mit 14,9% weitaus geringer ausfällt.

Daher lohnt ein Blick auf die Unterschiede zwischen den Ländern: Durch politische Beschlüsse wurde der Hort in Hamburg und Nordrhein-Westfalen auf ein Minimum heruntergefahren bzw. in andere Angebote transformiert; ohne diese beiden Länder fällt das Plus im Westen deutlich höher aus. Mit einem Plus von 58,7% ist die Entwicklung in den übrigen westlichen Ländern positiver als die ostdeutsche Entwicklung.

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Dass der Hort trotz des Ganztagschulausbaus in steigendem Maß genutzt wird, könnte mit dem Profil dieses Angebots zusammenhängen. Mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen einige Werte für die Attraktivität dieses Angebots: So wird im Betreuungsvertrag eine durchschnittliche Betreuungszeit von 23,8 Stunden pro Woche für die Hortkinder vereinbart, die sich im Mittel auf 4,9 Tage verteilen.

Das absolute Gros der Hortkinder ist somit von montags bis freitags im Hort. Ausgehend davon, dass die Kinder von 8:00 Uhr bis 12:30 Uhr in der Grundschule sind, wäre so ein durchgehendes außerhäusliches Angebot von deutlich über 9 Stunden pro Tag gewährleistet – was eine Vollzeittätigkeit für beide Elternteile ermöglicht.

### Hort und Ganztagschule

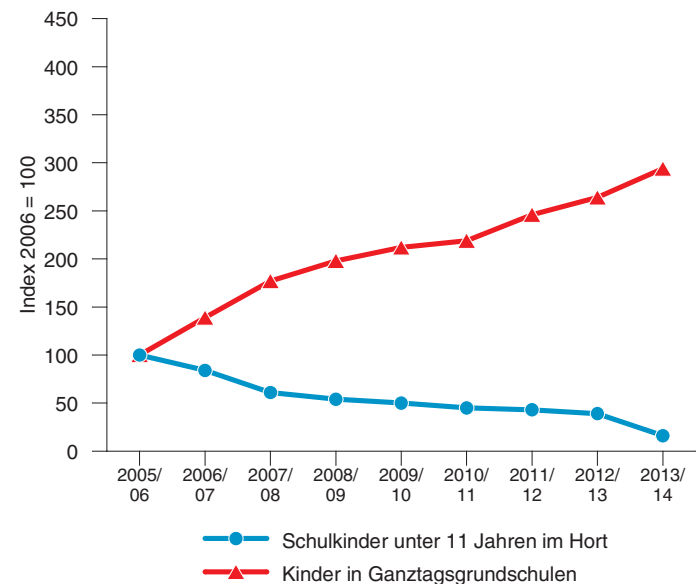
Hort und Ganztagschule haben zumindest eine identische Aufgabe: Sie sollen dazu beitragen, dass Grundschulkindern ein ganztägiges, außerunterrichtliches Angebot bereitsteht. In vielen anderen Punkten – Personalstruktur, Ausstattung, Öffnungszeiten und konzeptionelle Ausrichtung – unterscheiden sie sich indes.

- Die Anzahl der in Horten betreuten Kinder steigt seit Jahren an und hat 2015 einen neuen Höchststand erreicht.
- Hortangebote sind unter Vereinbarkeitsgesichtspunkten ein attraktives Angebot.
- Unterschiedliche politische Konzepte zu ganztägiger Bildung, Betreuung und Erziehung führen zu auffälligen Länderdifferenzen in der quantitativen Entwicklung der Hortangebote.

Angesichts gleicher Aufgabenstellung und des seit Beginn des IZBB-Programms 2003 massiv öffentlich geförderten Ausbaus der Ganztagschulen ist der Wachstumsprozess des Hortes dennoch erstaunlich. Nimmt man einzelne Länder in den Blick, so zeigen sich im Prozess des Ausbaus ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder mindestens 3 Muster des Zusammenspiels zwischen Hort und Ganztagschule.

(a) Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben sich politisch klar gegen den Hort entschieden: Entweder lief die öffentliche Förderung der Horte zugunsten des Ausbaus der Ganztagschule aus oder es gab eine Überführung der Horte in schulische Verantwortung. Die Indexentwicklung der Nutzungszahlen in diesen 3 Ländern belegt, dass der Hort aufhört zu existieren. Im Gegenzug hat sich die Anzahl der Kinder in den Ganztagschulen zwischen 2005 und 2014 verdreifacht (vgl. Abb. 1).

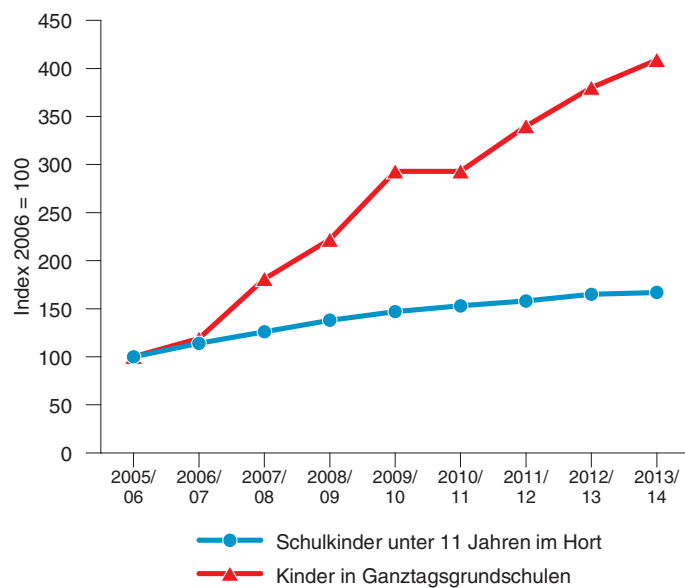
Abb. 1: Inanspruchnahme von Ganztagschule und Hort (Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen; 2005/06 bis 2013/14; Index 2006 = 100)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, versch. Jahrgänge; Sekretariat der KMK: Allgemein bildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

(b) Typisch für eine Vielzahl westdeutscher Flächenländer ist im Unterschied dazu ein Modell des (unverbundenen) Nebeneinanders von Hort und Ganztagschule. Hier dürften vor allem Eltern darüber entscheiden, welches Angebot sie bevorzugen. Ob es dabei vor Ort zu einem Nebeneinander, einer Konkurrenz oder vereinzelt sogar zu Kooperationen zwischen Hort und (Ganztags-)Schule kommt, lässt sich auf Basis der vorliegenden Daten nicht klären. Im Ergebnis werden in diesen Ländern beide Angebotsformen ausgebaut, wobei der Ausbau bei den Ganztagschulen jedoch deutlich dynamischer verläuft (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Inanspruchnahme von Ganztagschule und Hort (Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein; 2005/06 bis 2013/14; Index 2006 = 100)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, versch. Jahrgänge; Sekretariat der KMK: Allgemein bildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

(c) Traditionell ist der Hort in Ostdeutschland Bestandteil des Bildungssystems und damit der Schule. Aufgrund dieser Vorgeschichte stellen die ostdeutschen Flächenländer geradezu einen Kontrapunkt zum vorherigen Modell dar: Landespolitisch wird hier nicht nur die Kooperation gefördert, häufig wurde sogar die enge konzeptionelle und auch räumliche Verzahnung von Hort und Schule vorangetrieben (vgl. Gängler/Weinhold/Markert 2013; KMK 2015). Mehr noch: Vielfach entsteht allein durch diese Kooperation und konzeptionelle Verzahnung beider Institutionen das schulische Ganztagsangebot. Insofern sind im Ergebnis die in den ostdeutschen Flächenländern steigenden Nutzungszahlen von Ganztagsangeboten und Horten im Kern Ausdruck der gleichen Wachstumsdynamik.

## Fazit

Wenngleich mit diesen Modellen nicht für alle Länder die Entwicklung von Hort und Ganztagschule getrennt aufgezeigt werden kann, so belegen die Beispiele jedoch, dass die föderale Vielfalt keine einheitliche Prognose zur Zukunft des Hortes erlaubt. Gleichwohl hat diese Systemfrage (Jugendhilfe und/oder Schule) fachlich nur dann ihre Berechtigung, wenn sich systematische Qualitätsunterschiede zwischen Hort und Ganztagschule zeigen würden. Diese Frage ist aber bis heute noch nicht einmal formuliert, geschweige denn beantwortet.

Jens Lange

## In diesem Heft verwendete Literatur

- [AGJ] Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe: Stellungnahme der AGJ zur Vorbereitung des XX. Hauptgutachtens der Monopolkommission gemäß § 44 Abs. 1 Satz 1 GWB, Berlin 2014.
- [BumF] Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Über 45.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland vom 20.11.2015, Berlin 2015 ([www.b-umf.de/images/pm\\_bumf\\_45000\\_2015.pdf](http://www.b-umf.de/images/pm_bumf_45000_2015.pdf); Zugriff: 20.12.2015).
- Bundesverfassungsgericht: Einstweilige Anordnung gegen die Löschung von Daten aus dem Zensus 2011. Pressemitteilung Nr. 63/2015 vom 1. September 2015 zum Beschluss vom 26. August 2015 (AZ: 2 BvF 1/15), Karlsruhe 2015.
- Deutscher Bundestag: Zwanzigstes Hauptgutachten der Monopolkommission 2012/2013. Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 18/4721, Berlin 2015.
- Fendrich, S./Pothmann, J./Tabel, A.: Monitor Hilfen zur Erziehung 2014, Dortmund 2014.
- Fendrich, S./Pothmann, J./Tabel, A.: Monitor Hilfen zur Erziehung 2015. Datenbasis 2013. Onlinefassung: [www.hzemonitor.akjstat.tu-dortmund.de](http://www.hzemonitor.akjstat.tu-dortmund.de). Herausgegeben von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ<sup>Stat</sup>), Dortmund 2015 (Zugriff: 15.01.2016).
- Gängler, H./Weinhold, K./Markert, Th.: Miteinander – Nebeneinander – Durcheinander? Der Hort im Sog der Ganztagschule, in: Neue Praxis, 2013, Heft 2, S. 154-175.

- [KMK] Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Ganztagschulen in Deutschland. Bericht der Kultusministerkonferenz vom 03.12.2015, Berlin 2015 ([www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2015/352-KMK-TOP-009-Ganztags-schulbericht.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2015/352-KMK-TOP-009-Ganztags-schulbericht.pdf); Zugriff: 18.12.2015).
- Möller, S.: Abweichungen der neuen Einwohnerzahlen des Zensus 2011 von der Bevölkerungsfortschreibung, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 2014, Heft 4, S. 36-39.
- Möller, M./Enste, D.H.: Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe? Ein Vergleich der deutschen Bundesländer. Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln 2015.
- Monopolkommission: Eine Wettbewerbsordnung für die Finanzmärkte. Zwanzigstes Hauptgutachten der Monopolkommission gemäß § 44 Abs. 1 Satz 1 GWB – 2012/2013 –, Bonn und Berlin 2014.
- Pasternack, P.: Die Teilakademisierung der Frühpädagogik. Eine Zehnjahresbeobachtung, Leipzig 2015.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): Zensus 2011. Methoden und Verfahren, Wiesbaden 2015 ([www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Aufsaeetze\\_Archiv/2015\\_06\\_MethodenUndVerfahren.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Aufsaeetze_Archiv/2015_06_MethodenUndVerfahren.pdf?__blob=publicationFile&v=6); Zugriff: 15.01.2016).
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015.

# Ausgabensteigerung – ein Plus um weitere 2,3 Milliarden in 2014

Kurz vor Redaktionsschluss sind vom Statistischen Bundesamt noch die Ergebnisse der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe für das Haushaltsjahr 2014 veröffentlicht worden. Auf der Grundlage einer ersten Analyse werden nachfolgend ausgewählte Ergebnisse dargestellt.

## Gesamtausgaben

Die Gesamtausgaben sind erneut auf ein Allzeithoch gestiegen. Im Jahr 2014 wurden für die Kinder- und Jugendhilfe von der öffentlichen Hand 37,790 Mrd. EUR ausgegeben (vgl. Tab. 1). Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von 2,856 Mrd. EUR gegenüber. Somit beliefen sich die reinen Ausgaben der öffentlichen Haushalte auf 34,934 Mrd. EUR. In Westdeutschland einschließlich Berlin stiegen die Ausgaben von 29,8 Mrd. EUR auf 31,8 Mrd. EUR, eine Steigerung um immerhin fast 2 Mrd. EUR. Dies entspricht einer prozentualen Zunahme von 6,6%. In Ostdeutschland ohne Berlin sind die Ausgaben von 5,4 Mrd. EUR auf 5,7 Mrd. EUR gestiegen, eine prozentuale Zunahme von 6,2%. Die größten Ausgabenpositionen in Deutschland sind weiterhin die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung mit 24,6 Mrd. EUR (entspricht einem prozentualen Anteil von 65,1%) und die Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen, Hilfen für junge Volljährige sowie die Schutzmaßnahmen mit insgesamt 9,3 Mrd. EUR (entspricht einem prozentualen Anteil von 24,6%). Die Kinder- und Jugendarbeit hat mit Ausgaben in Höhe von 1,7 Mrd. EUR nur einen geringen Anteil von 4,5% an den Gesamtausgaben.

## Ausgaben für die Kindertagesbetreuung

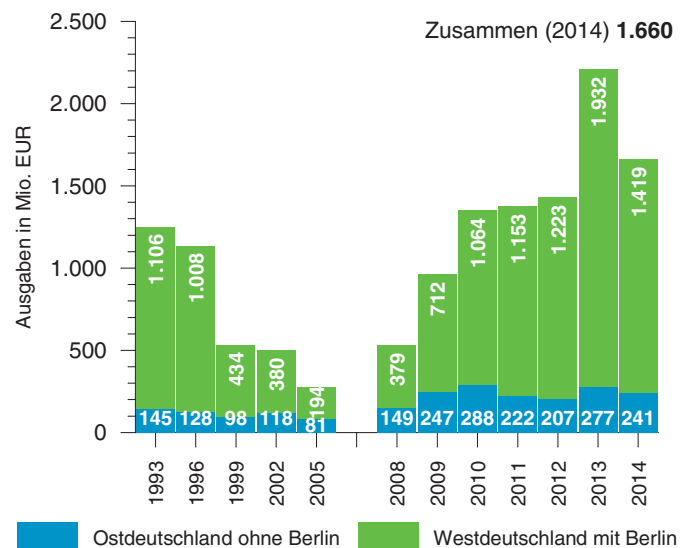
Die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung sind im Jahr 2014 auf 24,6 Mrd. EUR für ganz Deutschland angestiegen (vgl. Tab. 1). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich ein Zuwachs von 1,6 Mrd. EUR oder prozentual von 7% ergeben. Die prozentualen Zunahmen sind in Westdeutschland (+7,1%) und Ostdeutschland (+6,2%) nur leicht unterschiedlich. Bei der Analyse der Ausgaben sind grundsätzlich 3 Kostenpositionen zu unterscheiden: die laufenden Betriebskosten, die Investitionskosten und die Ausgaben für die Kindertagespflege.

Die laufenden Betriebskosten haben sich in den westlichen Ländern um 10,6% (+1,752 Mrd. EUR) und in den östlichen Ländern um 7,8% (+0,271 Mrd. EUR) erhöht. Die laufenden Kosten sind stärker als die Gesamtausgaben gestiegen, da die Ausgaben für Investitionen bundesweit um 0,549 Mrd. EUR zurückgegangen sind. Die hohen Steigerungen bei den laufenden Ausgaben erklären sich wahrscheinlich dadurch, dass viele neue Angebote zum Stichtag des Rechtsanspruchs (01.08.2013) geschaffen wurden und somit die laufenden Kosten erst ab diesem Stichtag angefallen sind. In der Jahressumme wirken sich die laufenden Ausgaben für die neuen Plätze erst vollständig im Jahr 2014 aus.

Die Ausgaben für Investitionen sind zwischen 2013 und 2014 – wie oben bereits angemerkt – deutlich zurückge-

gangen: von 2,2 Mrd. EUR im Jahr 2013 auf 1,7 Mrd. EUR, ein Rückgang um 24,8%. In Westdeutschland sind die Ausgaben um 26,6% und in Ostdeutschland um 13,0% gesunken. Die Ausgaben für Investitionen sind zwar nach dem Jahr der Einführung des Rechtsanspruchs (2013) deutlich zurückgegangen, liegen aber immer noch höher als in den Jahren vor dem Rechtsanspruch (vgl. Abb. 1). Somit zeigt sich auch an dieser Stelle – wie bei der weiteren Steigerung der Inanspruchnahmen der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige (vgl. Kom<sup>Dat</sup> 2/2015) –, dass der Ausbau der Angebote noch nicht abgeschlossen ist. Aufgrund der demografischen Veränderungen, der notwendigen Kita-Angebote für Flüchtlinge und der noch nicht realisierten Betreuungswünsche der Eltern ist auch mit weiteren Investitionsausgaben zu rechnen.

**Abb. 1: Investive Ausgaben der öffentlichen Hand pro Jahr für Kindertageseinrichtungen an öffentliche und freie Träger (Ost- und Westdeutschland; 1993 bis 2014; Angaben in Mio. EUR)**



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Die Ausgaben für die Kindertagespflege sind besonders stark zwischen 2013 und 2014 gestiegen, von 743 Mio. EUR auf 876 Mio. EUR, ein Plus von 133 Mio. EUR (prozentual +18,0%). Die Zunahme ist allerdings hauptsächlich in Westdeutschland einschließlich Berlin zu beobachten. Dort haben sich die Ausgaben um 128 Mio. EUR (+20,2%) erhöht. In Ostdeutschland gab es nur einen Zuwachs von 5 Mio. EUR (+4,8%). In den vertiefenden Analysen im nächsten Kom<sup>Dat</sup>-Heft werden landesspezifische Entwicklungen noch genauer analysiert.

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe nach Arbeitsfeldern und Leistungsarten (West- und Ostdeutschland; 2013 und 2014; Angaben in Mio. EUR, Veränderungen in %)

	Deutschland				Westdeutschland <sup>1,2</sup>				Ostdeutschland <sup>1</sup>			
	2013	2014	Veränderung zu 2013		2013	2014	Veränderung zu 2013		2013	2014	Veränderung zu 2013	
	in Mio. EUR		in %		in Mio. EUR		in %		in Mio. EUR		in %	
Insgesamt	35.527	37.790	2.264	6,4	29.830	31.809	1.979	6,6	5.387	5.721	334	6,2
Kindertagesbetreuung	23.013	24.617	1.604	7,0	19.126	20.492	1.366	7,1	3.877	4.117	240	6,2
Ausgaben für den lauf. Betrieb	20.060	22.080	2.020	10,1	16.557	18.308	1.752	10,6	3.493	3.764	271	7,8
Investitionsausgaben	2.210	1.661	-549	-24,8	1.932	1.419	-513	-26,6	277	241	-36	-13,0
Kindertagespflege	743	876	133	18,0	637	765	128	20,2	106	111	5	4,8
Kinder- und Jugendarbeit	1.694	1.709	16	0,9	1.332	1.358	25	1,9	180	183	3	1,8
Hilfen zur Erziehung <sup>3</sup>	6.521	6.839	318	4,9	5.647	5.912	265	4,7	870	923	53	6,1
Eingliederungsh. f. seel. beh. j. M. <sup>4</sup>	1.028	1.149	122	11,8	922	1.029	107	11,6	106	120	15	14,0
Hilfen für junge Volljährige <sup>3</sup>	602	632	30	5,0	559	587	28	5,1	43	45	2	4,0
Vorläufige Schutzmaßnahmen <sup>3</sup>	259	335	76	29,5	234	309	75	32,0	25	26	2	6,2
Sonstige Ausgaben	2.411	2.508	97	4,0	2.010	2.123	113	5,6	287	307	20	6,8

1 Ohne die direkten Ausgaben der Obersten Bundesjugendbehörde.

2 Die Ergebnisse für Westdeutschland beinhalten die Angaben für Berlin.

3 Bei den erzieherischen Hilfen sowie den vorläufigen Schutzmaßnahmen werden nur die aufgewendeten Mittel für die Durchführung der Leistungen bzw. der Inobhutnahmen berücksichtigt. Hier nicht mit ausgewiesen sind einrichtungsbezogene Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften in diesen Bereichen für Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungseinrichtungen oder auch für Heimeinrichtungen.

4 Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

## Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahmen und Eingliederungshilfen

Die Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 bis 35 SGB VIII sind inklusive der Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfen (§ 35a SGB VIII) sowie einschließlich der Inobhutnahmen erneut zwischen 2013 und 2014 um 318 Mio. EUR bzw. 4,9% in Deutschland gestiegen (vgl. Tab. 1). Somit setzt sich der Trend der stetigen Steigerungen ungebrochen weiter fort. In Ostdeutschland (ohne Berlin) fällt die Zunahme mit 6,1% etwas höher aus als in Westdeutschland (einschließlich Berlin) mit 4,7%. Die Ausgaben für Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen sind in West- wie in Ostdeutschland mit einem Plus von 11,6% bzw. 14,0% wieder überdurchschnittlich gestiegen. Deutliche Ausgabensteigerungen sind bei den vorläufigen Schutzmaßnahmen mit fast 30% zu beobachten, allerdings mit einem erheblichen Übergewicht in Westdeutschland. Dort beträgt die Zunahme 32,0% und in Ostdeutschland nur 6,2%. Wie anhand der Fallzahlen in der letzten Ausgabe dargestellt (vgl. Kom<sup>Dat</sup>

2/2015), sind die Ausgabensteigerungen in erster Linie auf die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zurückzuführen.

## Fazit

Die Kurzanalyse macht deutlich, dass die Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe erneut erheblich gestiegen sind. Die Ausgabenzuwächse sind in erster Linie im Bereich der Kindertagesbetreuung sowie der Hilfen zur Erziehung, der Eingliederungshilfen und der Schutzmaßnahmen zu beobachten. Vertiefende Analysen im nächsten Heft werden der Frage nachgehen, ob die Ausgabensteigerungen analog zur Zunahme der Leistungen und Angebote verlaufen und ob es Unterschiede auf der Ebene der einzelnen Länder gibt.

Matthias Schilling



## Welche Folgen hat die Umstellung der Bevölkerungsstatistik für die Kinder- und Jugendhilfestatistik?

Wichtige Kennwerte zur KJH-Statistik – beispielsweise der Anteil junger Menschen, der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch nimmt – lassen sich nur mit Hilfe der Bevölkerungsstatistik berechnen. Diese Werte sind nicht nur für Pro-Kopf-Berechnungen, sondern auch fachpolitisch äußerst wichtig, um etwa Bundesländer oder Kommunen miteinander zu vergleichen. Bisher wurden diese Berechnungen auf der Grundlage der fortgeschriebenen Volkszählung von 1987 für Westdeutschland bzw. der fortgeschriebenen Auswertung des zentralen Einwohnerregisters der damaligen DDR zum 03.10.1990 für Ostdeutschland durchgeführt. Seit dem neuen Zensus des Jahres 2011 – erstellt auf der Basis von Registerdaten – liegt ein neuer Datensatz vor, der zu auffälligen Abweichungen führte und erst jetzt von der amtlichen Statistik als Referenz verwendet wird. Insofern steht die Frage im Raum, wie sich diese Umstellung auf Berechnungen mit der Kinder- und Jugendhilfestatistik auswirkt.

### Umstellung der Berechnung des Bevölkerungsstandes

Mit dem Zensus vom 09.05.2011 wurde erstmals seit 1987 (in Westdeutschland) bzw. 1981 (im Gebiet der früheren DDR) eine neue umfassende Feststellung des Bevölkerungsstandes durchgeführt. Diese dient als Grundlage, um mittels einer Bevölkerungsfortschreibung, bei der Geburten, Sterbefälle sowie Zu- und Fortzüge von Personen verrechnet werden, den Bevölkerungsstand zum 31.12. eines jeden Jahres darzustellen. Der neue Zensus war notwendig geworden, um die mit den jährlichen Fortschreibungen in Kauf genommenen und mit der Zeit wachsenden Ungenauigkeiten (bspw. wegen nicht registrierter Fortzüge ins Ausland) auszugleichen und die tatsächliche Bevölkerung realitätsgerechter abzubilden (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015, S. 9).

Anders als zuletzt 1987 fand im Rahmen des Zensus 2011 keine Vollerhebung bei allen über 80 Mio. Einwohner(inne)n statt, sondern es wurden erstmals zu diesem Zweck vorhandene Daten verschiedener Register zusammengeführt, vor allem diejenigen der Meldebehörden. Ergänzend wurden Gebäude und Wohnungen mittels einer postalischen Befragung bei Eigentümer(inne)n gezählt sowie weitere Erhebungen durchgeführt. Darunter war auch eine Haushaltsbefragung auf Stichprobenbasis, die zur Bereinigung der Melderegisterinformationen diente (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2015, S. 11f.).

Sowohl die genannten Ungenauigkeiten bei der Fortschreibungspraxis als auch die veränderte Erhebungsmethode des Zensus 2011 führten, nicht ganz überraschend, zu unterschiedlichen Bevölkerungszahlen. Die Differenzen lassen sich für die Jahre 2011, 2012 und 2013 aufzeigen, da die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hierzu den Bevölkerungsstand sowohl auf Grundlage des Zensus 2011 als auch auf Basis der älteren Daten – im Folgenden als „VZ 87“ abgekürzt – veröffentlicht haben. Die Größe der Unterschiede variiert, je nachdem, welche Altersjahre und Regionen betrachtet werden. Die teilweise erheblichen Abweichungen führten zu starken politischen und gerichtlichen Auseinandersetzungen, bei denen insbesondere Zweifel an der Methodik geäußert wurden. Diese Auseinandersetzungen sind bis heute nicht abschließend entschieden (vgl. Bundesverfassungsgericht 2015).

Vor diesem Hintergrund erfolgte erst mit dem Stichtag 31.12.2014 die Umstellung der Statistischen Ämter – nunmehr werden ausschließlich die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf der Grundlage des Zensus 2011 berichtet.

Die Umstellung betrifft auch die bevölkerungsbezogenen Berechnungen mit Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik sowohl seitens der Statistischen Ämter als auch der AKJ<sup>Stat</sup>. Für die KJH-Statistiken außer der Kindertagesbetreuung erfolgt ab dem Stichtag 31.12.2014 nun die Umstellung auf die Fortschreibung des Zensus 2011. Für die Statistiken zur Kindertagesbetreuung, die nicht zum 31.12., sondern zum Stichtag 01.03. jeden Jahres erhoben werden, werden zur Quotenberechnung die Bevölkerungsdaten zum 31.12. des Vorjahres herangezogen. Die Umstellung betrifft dort folglich die Angaben ab dem Berichtsjahr 2015.

Aus diesem aktuellen Anlass werden im Folgenden exemplarisch die Differenzen zwischen der Fortschreibung der VZ 87 und der des Zensus 2011 und ihre Auswirkungen auf die Berechnungen der AKJ<sup>Stat</sup> beschrieben. Dies erfolgt zunächst anhand des letztmalig nach beiden Berechnungen verfügbaren Bevölkerungsstandes zum 31.12.2013. Dabei werden insbesondere die für die verschiedenen Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe relevanten Altersjahrgänge der 0- bis 20-Jährigen betrachtet.

### Unterschiede in den Altersjahren

Für die Altersgruppe der unter 21-Jährigen werden zum 31.12.2013 nach der Fortschreibung der VZ 87 insgesamt 15.621.495 und nach der des Zensus 2011 nur 15.474.205 junge Menschen, also fast 150.000 Personen weniger angegeben. Schaut man sich die einzelnen Altersjahre an, fällt auf, dass die Unterschiede bei einigen Jahrgängen gering sind. So lassen sich kaum nennenswerte Differenzen bei den Jahrgängen der 0- und 1-Jährigen sowie bei denen der 9- bis 16-Jährigen beobachten. In absoluten Zahlen bedeutet das auf Bundesebene, dass auf Basis der VZ 87 pro Jahrgang jeweils zwischen 545 und 2.276 Kinder mehr gezählt wurden als auf Basis der neuen Fortschreibung des Zensus 2011. Die prozentualen Abweichungen betragen hier jeweils zwischen 0,1% und 0,3%.

Größere Abweichungen bestehen bei den Altersjahrgängen der 2- bis 8-Jährigen sowie bei denen der 17- bis

20-Jährigen. Die höchste Abweichung lässt sich mit 3,1% für den Jahrgang der 20-Jährigen beobachten. Allein hier werden nach dem Zensus 2011 fast 27.000 Personen weniger gezählt als nach der VZ 87.

Die Abweichungen über die Altersjahre steigern sich also nicht geradlinig, sondern betreffen vor allem sowohl Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter als auch ältere Jugendliche und junge Erwachsene.

### Unterschiede in den Bundesländern

Die beschriebenen altersspezifischen Unterschiede gelten zumindest in der Tendenz für ganz Deutschland, auch werden in allen Bundesländern nach dem Zensus 2011 insgesamt weniger junge Menschen gezählt als nach der VZ 87. Bei einer nach Bundesländern differenzierten Betrachtung wird jedoch sichtbar, dass sich das Ausmaß der Differenzen regional stark unterscheidet.

Betrachtet man zunächst die gesamte jugendhilferrelevante Altersgruppe der 0- bis unter 21-Jährigen, liegen die Abweichungen zwischen 0,1% in Rheinland-Pfalz und 1,9% in Hamburg. Für die weiteren Länder lassen sich Differenzen zwischen 0,6% und 1,5% beobachten. Bei der Teilgruppe der unter 3-Jährigen ergibt sich ein anderes Bild, hier werden die höchsten Abweichungen in Bremen (1,2%) und die niedrigsten in Thüringen (0,3%) festgestellt, die übrigen Differenzen sind im Bereich zwischen 0,3% und 0,8%. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen sind die Unterschiede wie oben beschrieben besonders groß: In Bremen und Hamburg betragen die Abweichungen über 3%, für fast alle anderen Länder werden Unterschiede der Fortschreibung des Zensus 2011 zu der der VZ 87 in einer Höhe zwischen 1,2% bis 2,8% festgestellt. In Rheinland-Pfalz sind die Abweichungen mit 0,3% in dieser Altersgruppe mit Abstand am geringsten.

- Ab sofort verwendet die AKJ<sup>Stat</sup> als Bezugsgröße für aktuelle Berechnungen die neue Bevölkerungsfortschreibung nach dem Zensus 2011.
- Die Umstellung führt insgesamt zu leicht höheren Inanspruchnahmequoten, beispielsweise bezüglich der Nutzung von frühkindlichen Bildungsangeboten im Kindergartenalter oder den Hilfen zur Erziehung bei älteren Jugendlichen und jungen Volljährigen.
- Unabhängig von den leichten Abweichungen auf Länderebene lassen sich auf kommunaler Ebene teilweise erheblich höhere Unterschiede beobachten.

### Unterschiede in den Kommunen

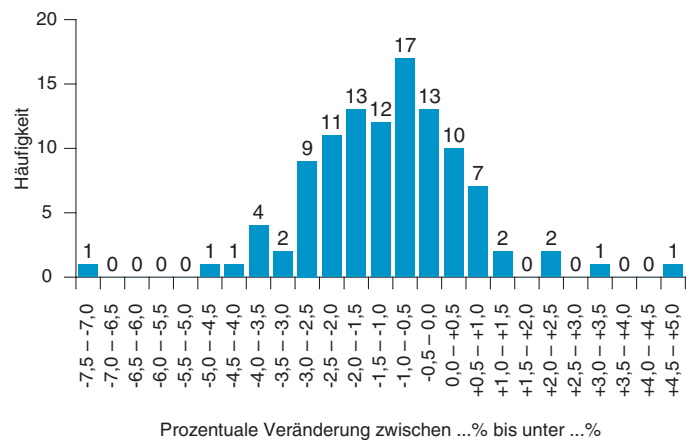
Da für den 31.12.2013 nicht mehr alle Statistischen Landesämter die fortgeschriebenen Daten der VZ 87 bis auf die Ebene der einzelnen Gemeinden ausweisen, werden die möglichen Differenzen auf der Basis eines Vergleichs der kreisfreien Städte geprüft. Betrachtet man auch hier wieder die Gesamtgruppe der unter 21-Jährigen, so ergibt sich eine Spannweite zwischen -7,5% und +4,7%, wobei die Differenz im Median lediglich -1,0% beträgt. Bei den

weitestens kreisfreien Städten liegen die Abweichungen zwischen -3% und +1% (vgl. Abb. 1).

Auch in den Kommunen zeigen sich auffällige Unterschiede je nach Altersgruppe: Bei den unter 3-Jährigen liegen die Abweichungen in fast allen Städten zwischen -2,2% und +0,4%. Nur in 2 Städten – Ludwigshafen mit -4,0% und Heidelberg mit +1,3% – weichen die beiden Werte etwas stärker voneinander ab.

Weitaus höhere Abweichungen werden bei den 3- bis unter 6-Jährigen erkennbar. Zwar liegt auch hier der Median für alle Städte bei -2,0%, als Extremwerte zeigen sich jedoch Differenzen von -15,7% (Flensburg) bis +6,9% (Schweinfurt).

Abb. 1: Häufigkeit prozentualer Abweichungen bei den unter 21-Jährigen zwischen Zensus 2011 und Volkszählung 1987 (kreisfreie Städte; 2013; Angaben absolut)



Quelle: StaBa: Bevölkerungsstandstatistiken 2013; eigene Berechnungen

### Auswirkungen der Umstellung auf die Berechnungen in der Kinder- und Jugendhilfe

Die Umstellung der Berechnungen auf die Daten des Zensus 2011 führt – aufgrund der unveränderten Anzahl an KJH-Nutzenden, aber einer geringeren Anzahl von in Deutschland lebenden jungen Menschen – zu leicht erhöhten Quoten der Inanspruchnahme von Kinder- und Jugendhilfeleistungen. Auch für diese Abweichungen gelten analog die beschriebenen Unterschiede hinsichtlich der Altersjahrgänge bzw. Altersgruppen und Regionen. Die allgemeinen Ausführungen werden daher im Folgenden aufgegriffen und auf konkrete Berechnungen zur KJH-Statistik angewendet.

### Kindertagesbetreuung

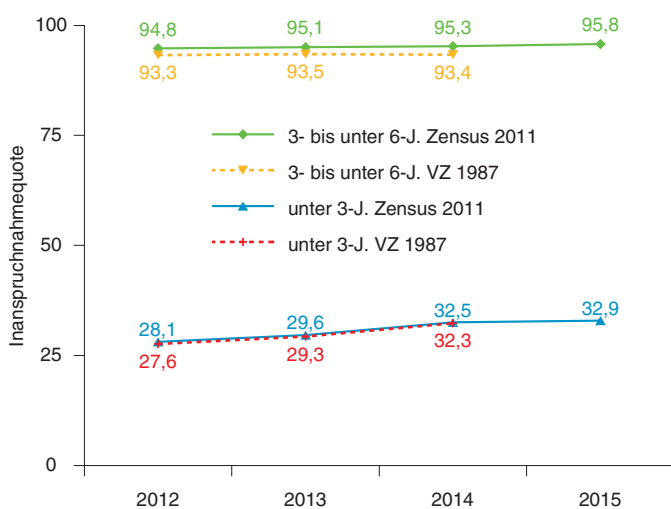
Für die Berichtsjahre 2012 bis 2014 können die Quoten der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten sowohl mittels der fortgeschriebenen Daten der VZ 87 als auch des Zensus 2011 berechnet werden. Die Gegenüberstellung dieser Werte für die unter 3-Jährigen und die 3- bis unter 6-Jährigen zeigt, dass bei den jüngeren Kindern keine nennenswerten Abweichungen zu beobachten sind (vgl. Abb. 2).

Die Unterschiede liegen für 2012 bei 0,5 Prozentpunkten und sinken bis 2014 auf 0,2 Prozentpunkte. Konkret:

Anhand der VZ 87 ergibt sich bei den unter 3-Jährigen für 2014 eine Quote der Inanspruchnahme von 32,3%, auf der Basis des Zensus 2011 steigt dieser Wert auf 32,5%.

Größere Unterschiede bei der Inanspruchnahme zeigen sich bei den 3- bis unter 6-Jährigen. Im Berichtsjahr 2014 unterscheiden sich je nach genutzter Bevölkerungsfortschreibung die Quoten um 1,8%. Der Anstieg der Quote der Inanspruchnahme zwischen 2014 und 2015 von 93,4% auf 95,8% ist folglich überwiegend auf die Umstellung von VZ 87 auf Zensus 2011 zurückzuführen. Wird für beide Berichtsjahre der Zensus 2011 herangezogen, beträgt der Anstieg der Quote lediglich 0,5 Prozentpunkte.

**Abb. 2: Quote der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten im Vergleich von Zensus 2011 und Volkszählung 1987 nach Altersgruppen (Deutschland; 2012 bis 2015; Angabe in % der altersgleichen Bevölk.)**



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, versch. Jahrgänge; StaBa: Bevölkerungsstandstatistiken, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Auf Landesebene hat die Umstellung der Bevölkerungsstatistik die größten Auswirkungen in Bremen, Hamburg, dem Saarland, in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, da hier die stärksten Abweichungen zu beobachten sind. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen liegen die Quoten zwischen 2,6 und 3,0 Prozentpunkte höher, wenn für die Berechnungen der Zensus 2011 und nicht die VZ 87 verwendet wird. In Rheinland-Pfalz – dem Land mit den geringsten Abweichungen – verändert sich die Quote nur um 0,3 Prozentpunkte.

Etwas größer sind die Differenzen allerdings auf kleinräumiger Ebene. Wird die Quote der 3- bis unter 6-Jährigen, die Kindertagesbetreuungsangebote nutzen, anhand des Zensus 2011 berechnet, so liegt diese in Flensburg – der kreisfreien Stadt mit der größten Abweichung – um 17,2 Prozentpunkte über der Quote, die mithilfe der VZ 87 berechnet wurde. Zugleich existieren auch kreisfreie Städte, bei denen die Werte durch den neueren Zensus um bis zu 6,6 Prozentpunkte niedriger sind.

Deutlich weniger weichen die Quoten der Inanspruchnahme bei den unter 3-Jährigen voneinander ab. Die

Spanne liegt hier zwischen einem Plus von 0,9 Prozentpunkten (in Ludwigshafen) und einem Minus von 0,6 Prozentpunkten (in Heidelberg) auf der Basis des Zensus von 2011.

### Hilfen zur Erziehung

Die wichtigste Referenzgröße für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung ist die Altersgruppe der unter 21-Jährigen. Aufgrund des im Vergleich zur Kindertagesbetreuung weit aus geringeren Bevölkerungsanteils, der diese Angebote nutzt, wird die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung nicht in Prozent, also pro 100, sondern pro 10.000 der unter 21-Jährigen angegeben. Ein Punkt Abweichung entspricht also 0,01 Prozentpunkten. Deutschlandweit liegt im Jahr 2013 die bevölkerungsrelativierte Inanspruchnahme (junge Menschen in den im Jahr 2013 beendeten und am 31.12.2013 laufenden Hilfen) auf Basis des Zensus 2011 bei 657,5 Hilfen pro 10.000, während gemäß der VZ 87 eine um 6,2 Punkte niedrigere Quote von 651,3 berechnet wurde (vgl. Fendrich/Pothmann/Tabel 2015).

**Tab. 1: Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung (ohne Erziehungsberatung) bei unter 21-Jährigen in ausgewählten kreisfreien Städten mit der höchsten und geringsten Abweichung zwischen Zensus 2011 und Volkszählung 1987 (2013; Inanspruchnahme pro 10.000 der unter 21-J.)**

Kreisfreie Stadt	Im Jahr 2013 beendete und am 31.12.2013 laufende Hilfen zur Erziehung pro 10.000 der unter 21-Jährigen		
	VZ 87	Zensus 2011	Differenz <sup>1</sup>
Flensburg	458	495	37
Osnabrück	320	336	16
Offenbach/M.	207	216	9
Hof	435	452	17
Remscheid	347	361	14
...			
Eisenach	298	298	0
Emden	280	280	0
Koblenz	367	367	0
Duisburg	609	609	0
Schwerin	642	642	0
...			
Bottrop	355	350	-5
Frankenthal	278	272	-6
Bamberg	256	251	-5
Schweinfurt	265	257	-8
Heidelberg	193	185	-8

1 Die Reihenfolge ergibt sich nicht aus der absoluten, sondern der relativen Differenz.

Quelle: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige 2013; StaBa: Bevölkerungsstandstatistiken 2013; eigene Berechnungen

Auf Länderebene sind die Abweichungen insbesondere in den Stadtstaaten größer. So wäre für Berlin zum



31.12.2013 eine Inanspruchnahme von 770,1 (Zensus 2011) statt 758,3 (VZ 87) festgestellt worden, in Hamburg 812,7 (Zensus 2011) statt 797,2 (VZ 87). In Rheinland-Pfalz dagegen unterscheiden sich die beiden Datenquellen in dieser Altersgruppe praktisch nicht.

Die Auswirkungen der oben illustrierten Differenzen bei den kreisfreien Städten (vgl. Abb. 1) auf die Quoten der Inanspruchnahme werden jeweils exemplarisch anhand der 5 Städte mit den geringsten und den größten Abweichungen dargestellt. Dazu wird, wie auch in anderen Analysen zu kommunalen Unterschieden bei den Hilfen zur Erziehung (vgl. Fendrich/Pothmann/Tabel 2015), die Inanspruchnahme unter Berücksichtigung der Fallzahlen ohne die Erziehungsberatung ausgewiesen (vgl. Tab. 1).

### Fazit

Die Umstellung der Bezugsstatistik auf die Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 wirkt sich auf Bundesebene meist nur wenig auf die Berechnungen der AKJ<sup>Stat</sup> aus. Je nach betrachteter Altersgruppe oder räumlicher Differenzierung können jedoch in einigen Teilbereichen durchaus gewichtige Abweichungen auftreten.

Bezogen auf das Alter sind besonders die Auswertungen für das Kindergartenalter zwischen 3 und unter 6 Jahren betroffen sowie Analysen zu älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bei regionalen Auswertungen auf Landes- und Kommunalebene liegen zum Teil ebenfalls größere Differenzen vor, deren Unterschiedlichkeit hier jedoch nicht auf verallgemeinerbare Regeln zurückgeführt werden kann. Ein wichtiger, jedoch zur Erklärung nicht hinreichender Einflussfaktor ist dabei der regional unterschiedliche Ausländeranteil, da für diese Gruppe im Laufe der Zeit besonders häufig Fehler bei der Fortschreibung entstehen, beispielsweise durch ungemeldete Fortzüge ins Ausland (vgl. Möller 2014, S. 39).

Insbesondere bei zukünftigen Zeitreihenvergleichen dürfen die Auswirkungen der Umstellung der Bevölkerungsstatistik mit Blick auf die bevölkerungsbezogenen Kennwerte nicht außer Acht gelassen werden. Im Fall der Kindertagesbetreuung betrifft das den Übergang zwischen den Erhebungsjahren 2014 und 2015, bei den weiteren Bereichen der KJH-Statistik diejenigen zwischen 2013 und 2014.

*Thomas Mühlmann/Christiane Meiner-Teubner*

## Wie brauchbar ist die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Planung und Berichterstattung?

Im April 2015 wurden vom Statistischen Bundesamt die lang erwarteten Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung veröffentlicht. Im September folgten dann die Ergebnisse für die Länder. Diese Bevölkerungsdaten stellen bei den Analysen der Kinder- und Jugendhilfestatistik eine zentrale Bezugsgröße dar. Deshalb wird zunächst methodisch auf die Änderungen zwischen der 12. und der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung eingegangen, um dann die zentralen Entwicklungslinien für die relevanten Altersgruppen aufzuzeigen. Schließlich muss in diesem Zusammenhang auch auf die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen eingegangen werden.

### Methodische Erläuterungen

Die Bevölkerungsvorausberechnung basiert auf 3 zentralen demografischen Komponenten: der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und dem Wanderungssaldo. Bei der Geburtenhäufigkeit werden in der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung 2 Annahmen berücksichtigt. Bei der Annahme G1 („annähernde Konstanz“) wird von einer zusammengefassten Geburtenziffer (Kinder je Frau) von 1,4 ausgegangen. Dieser Wert ist in den letzten Jahrzehnten fast konstant geblieben. Um aufzeigen zu können, was passiert, wenn die Geburtenhäufigkeit steigen würde, wird auch eine Variante mit einem leichten Anstieg der Geburtenhäufigkeit bis zum Jahr 2018 auf 1,6 Kinder pro Frau berechnet (Annahme G2).

Bei der Lebenserwartung werden ebenfalls 2 Annahmen berücksichtigt: Annahme L1 geht von einem moderaten Anstieg der Lebenserwartung bis 2060 bei den Männern von 77,7 Jahren auf 84,8 Jahren und bei den Frauen von 82,8 Jahren auf 88,8 Jahren aus. Bei der Annahme L2 wird eine Steigerung der Lebenserwartung bis 2060 auf 86,7 Jahre bei den Männern und 90,4 Jahre bei den Frauen erwartet.

Die größte Unsicherheit ist mit der Einschätzung des Wanderungssaldos verbunden. Auch hier werden 2 Annahmen zugrunde gelegt: Eine „Untergrenze“ (Annahme W1), bei der eine schrittweise (absinkende) Anpassung des Wanderungssaldos von 500.000 im Jahr 2014 auf 100.000 im Jahr 2021 angenommen wird, und eine „Obergrenze“ (Annahme W2) mit einer schrittweisen Anpassung des Wanderungssaldos auf 200.000 im Jahr 2021.

Aus der Kombination der 3 demografischen Komponenten mit jeweils 2 Annahmen ergeben sich systematisch 8 Varianten. All diese Varianten sind vom Statistischen Bundesamt berechnet worden und können angefordert werden. Zusätzlich gibt es noch 2 Modellrechnungen mit einem langfristigen Wanderungssaldo von 300.000 und mit einer Steigerung der Geburtenziffer auf 2,1 Kinder pro Frau. In der Regel hat die AKJ<sup>Stat</sup> als realistische Szenarien in der Kinder- und Jugendhilfe die Varianten G1-L1-W1 und G1-L1-W2 zugrunde gelegt.

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 ist der aktuelle Wanderungssaldo mit 500.000 wahrscheinlich zu gering angesetzt; gleiches gilt für 2016 (W1: 350.000; W2: 450.000). Welche Auswirkungen diese und weitere Aufnahmen von Flüchtlingen auf den Bevölke-

rungsbestand in den nächsten Jahren haben werden, ist nicht absehbar, da viele zentrale Fragen zurzeit nicht abschließend zu beantworten sind: Werden sich die Flüchtlingszahlen auf dem aktuellen quantitativen Niveau konsolidieren? Wird eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle europäischen Staaten realisiert werden? Welche Mittel und Wege werden gefunden, um kriegerische Auseinandersetzungen und andere „humanitäre Katastrophen“ in den Herkunftsregionen zu stoppen und damit einen Rückgang der Flüchtlingszahlen zu erreichen?

In Anbetracht dieser Ausgangslage muss davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die zukünftigen Entwicklungen unterschätzen. Es wird mehr Kinder und Jugendliche geben als vorausberechnet – allerdings kann momentan niemand sagen, in welchem Umfang, in welcher Alters- und mit welcher regionalen Verteilung. Aufgrund der aktuell hohen Flüchtlingszahlen sollte aber bei der vorliegenden Bevölkerungsvorausberechnung in jedem Fall die höhere Zuwanderungsannahme, also „W2“, verwendet werden.

### Entwicklung der jugendhilferelevanten Altersgruppen

Trotz dieser Unsicherheiten angesichts der aktuellen Zuwanderung lohnt ein Blick auf die Ergebnisse der 13. Bevölkerungsvorausberechnung für die relevanten Altersgruppen der Kinder- und Jugendhilfe: Die für die nächsten Jahre vorausgerechneten Trends bleiben wahrscheinlich erhalten, ihre Ausprägung wird nur stärker sein. Ein Beispiel: Die Vorausberechnung zeigt auf, dass die Anzahl der unter 3-Jährigen in den nächsten Jahren bis 2020 noch leicht um 3% in Deutschland steigen wird. Durch die Aufnahme der Flüchtlinge wird dieser Zuwachs vermutlich stärker ausfallen. Wie hoch dieser sein wird, kann momentan aufgrund der unzureichenden Datenlage jedoch niemand sagen.

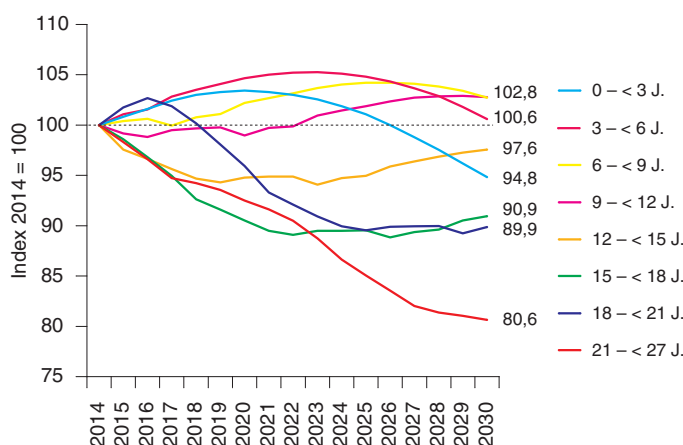
Aufgrund der hohen Zuwanderung scheint somit die Variante „G1-L1-W2“ noch die brauchbarste zu sein, also mit einem Wanderungssaldo von 500.000 in 2015, 450.000 in 2016, 400.000 in 2017, 350.000 in 2018, 300.000 in 2019, 250.000 in 2020 und ab dem Jahr 2021 dann jährlich mit 200.000 Personen.

Für ganz Deutschland zeigen sich für die einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedliche Entwicklungslinien (vgl. Abb. 1). Die unter 3-Jährigen werden bis zum Jahr 2020 noch leicht ansteigen, um dann anschließend auf 95% des Ausgangswertes von 2014 abzusinken. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen fällt der Zuwachs noch stärker aus. Bis 2023 wird ein Zuwachs von 6% erwartet. Hierbei handelt es sich immerhin um 108.000 Kinder, für die im Bereich der Kindertagesbetreuung noch zusätzliche Angebote geschaffen werden müssen – zuzüglich einer noch nicht bekannten Anzahl an Flüchtlingskindern in diesem Alter. Bei den 6- bis unter 9-Jährigen wird der Anstieg bis zum Jahr 2027 andauern, ehe dann bis 2030 ein leichter Rückgang zu erwarten sein wird. Gleichwohl würde auch in dieser Altersgruppe im Jahr 2030 der Ausgangswert von 2014 sogar noch um 2,8% übertroffen.

Bei den 9- bis unter 12-Jährigen ist die Besonderheit

festzustellen, dass bis zum Jahr 2022 kaum Veränderungen zu erwarten sind. Erst ab 2023 ist mit einer leichten Steigerung um 3% zu rechnen. Bei den Jahrgängen über 12 Jahre wird weiterhin mit Rückgängen zu rechnen sein. Dies sind noch die letzten Auswirkungen des sogenannten Pillenknicks, durch den die älteren Eltern (Geburtsjahre 1965 bis 1970) deutlich zurückgegangen sind und daher auch weniger Kinder zwischen 1995 und 2010 geboren wurden. Der stärkste Rückgang mit 20% ist bei den 21- bis unter 27-Jährigen zu erwarten. Durch die Flüchtlinge werden diese Rückgänge jedoch sehr wahrscheinlich geringer ausfallen.

Abb. 1: Junge Menschen im Alter von unter 27 Jahren nach Altersgruppen (Deutschland; 2014 bis 2030; Variante G1-L1-W2; Index 2014 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015

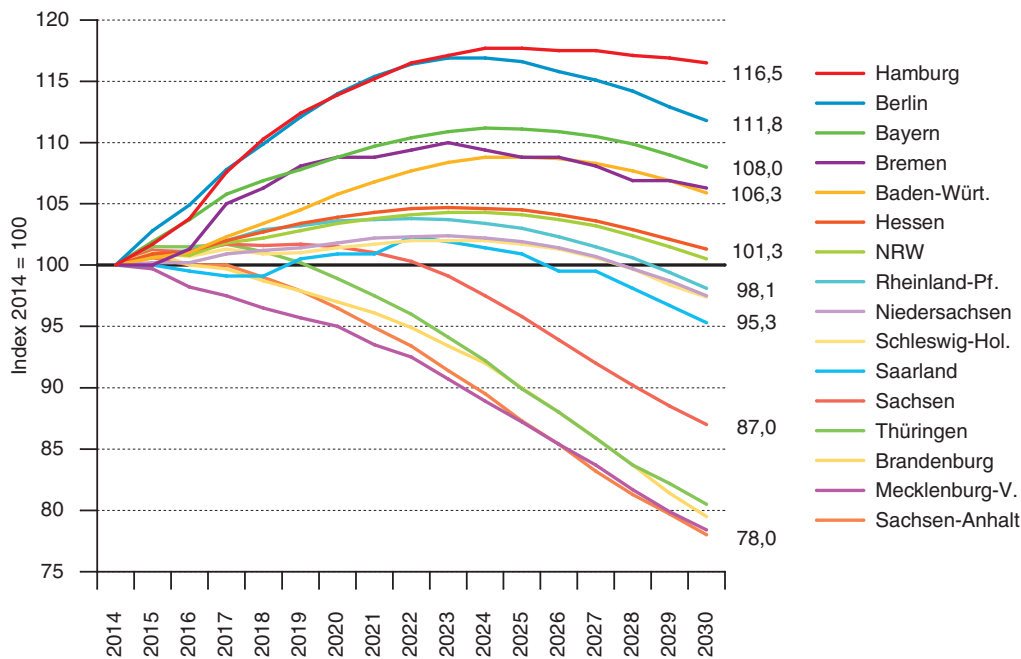
### Entwicklungen in den Ländern

Es sind nicht nur unterschiedliche Dynamiken zwischen den einzelnen Altersgruppen, sondern auch zwischen den Ländern zu beobachten. Hier können nicht alle Altersgruppen dargestellt und analysiert werden. Im Folgenden werden 2 Altersgruppen, die 3- bis unter 6- und die 15- bis unter 18-Jährigen, ausgewählt, um die unterschiedlichen Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe auf der Ebene der Länder zu verdeutlichen.

Bei den 3- bis unter 6-Jährigen reicht das Spektrum von einem Rückgang in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern von über 20% bis hin zu einem Anstieg in Hamburg von 17% (vgl. Abb. 2). Somit zeigen sich für die landesspezifischen Kita-Planungen ganz unterschiedliche Herausforderungen. Während es in den östlichen Ländern um die Bewältigung eines Rückgangs geht, gibt es westliche Länder mit einer nahezu konstanten Anzahl an Kindergartenkindern und andere mit deutlichen Zuwachsraten.

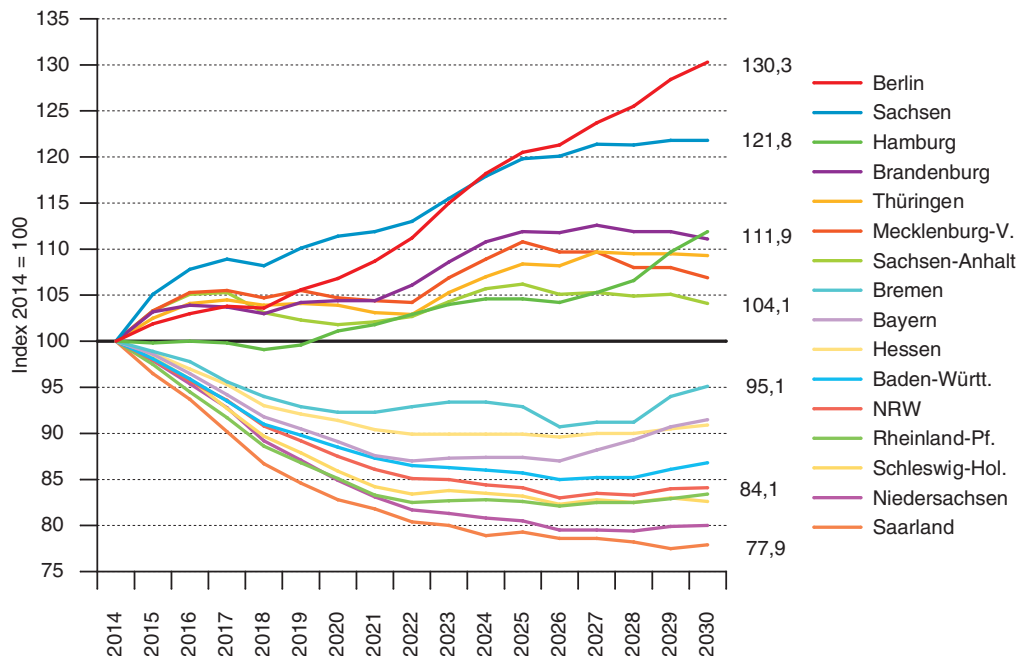
Bei den 15- bis unter 18-Jährigen ist die sich andeutende Spreizung zwischen den Ländern noch größer: Diese reicht von einem Rückgang im Saarland von 22% zwischen 2014 und 2030 bis hin zu einem Zuwachs von 30% in Berlin (vgl. Abb. 3). In dieser Altersgruppe wendet sich das Blatt zwischen West- und Ostdeutschland: Während in den östlichen Ländern noch Zuwächse zu er-

Abb. 2: Junge Menschen im Alter von 3 bis unter 6 Jahren (Länder; 2014 bis 2030; Variante G1-L1-W2; Index 2014 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015

Abb. 3: Junge Menschen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren (Länder; 2014 bis 2030; Variante G1-L1-W2; Index 2014 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015

warten sind, müssen alle westlichen Länder, außer Berlin und Hamburg, mit Rückgängen zwischen 5% und 22% rechnen.

### Fazit

Die Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung werden auch weiterhin eine wichtige Berechnungsgrundlage für die zukünftige Planung der Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sein. Aufgrund der aktuell hohen Anzahl an Flüchtlingen sollte auf jeden Fall die Variante mit dem höheren Wanderungssaldo herangezogen werden. Doch auch dann ist davon auszugehen, dass die aktuellsten Bevölkerungsvorausrechnungen vor allem bei den jüngeren Jahrgängen und insbesondere bei kleinräumigen Auswertungen teilweise nur eingeschränkt aussagekräftige Planungsgrößen liefern werden. Vorerst muss man angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingszahlen davon ausgehen, dass durch die nach Deutschland geflohenen Schutzsuchenden die jüngeren Jahrgänge zusätzlich gestärkt und die älteren weniger deutlich zurückgehen werden.

Doch auch dann gilt, dass es mit Blick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung keinen deutschlandweit einheitlichen Trend für alle Altersgruppen gibt. Die Analysen müssen jeweils landesspezifisch und altersgruppenspezifisch durchgeführt werden.

Matthias Schilling

Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ<sup>Stat</sup>, gefördert durch das BMFSFJ und das MFKJKS NW

**18. Jahrgang,  
Dezember 2015,  
Heft 3 / 2015**

**Herausgeber:**

Prof. Dr.  
Thomas Rauschenbach

**Redaktion:**

Dr. Jens Pothmann  
Dr. Matthias Schilling  
Sandra Fendrich

**Erscheinungsweise:**

3 Mal im Jahr

**Impressum**

ISSN 1436-1450



Dortmunder Arbeitsstelle  
Kinder- & Jugendhilfestatistik  
– AKJ<sup>Stat</sup>  
Technische Universität  
Dortmund  
FK 12, Forschungsverbund  
DJI/TU Dortmund

CDI-Gebäude,  
Vogelthoßweg 78  
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557  
Fax: 0231/755-5559  
www.akjstat.tu-dortmund.de  
E-Mail:  
komdat@fk12.tu-dortmund.de

**Bezugsmöglichkeiten:**

Die Ausgaben von Kom<sup>Dat</sup> sind kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

**Layout:** Astrid Halfmann

**Satz:** AKJ<sup>Stat</sup>

**Druck:** Lonnemann GmbH

*Im Fokus der Statistik: Amtliche Daten zu Flüchtlingen*

Mehrfach haben wir seitens der AKJ<sup>Stat</sup> im Rahmen der letzten Kom<sup>Dat</sup>-Ausgaben auf die z.T. schwierige Datenlage zu Flüchtlingen bzw. Schutzsuchenden hingewiesen. Das Statistische Bundesamt hat Ende 2015 in seiner Online-rubrik „Im Fokus“ eine Sonderseite zum Thema „Schutzsuchende“ erstellt, die einen Überblick über relevante Datenbestände der amtlichen Statistik beinhaltet. Das Spektrum der genannten Erhebungen bezieht auch die Datenbestände des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit ein und reicht – um nur einige zu nennen – von der Asylstatistik über den Mikrozensus bis hin zur Wanderungsstatistik. ([www.destatis.de](http://www.destatis.de))

*Beschäftigtenzahlen jenseits der Kita in der Kinder- und Jugendhilfe in NRW kaum verändert*

Ende 2014 sind bundesweit bei allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in öffentlicher und freier Trägerschaft seitens der Statistischen Landesämter Angaben zu den Einrichtungen selbst und den dort tätigen Personen erhoben worden. Zwar liegen noch keine deutschlandweiten Ergebnisse vor, aber immerhin wurden bereits erste Länderergebnisse veröffentlicht. So hat IT.NRW die Zahl der Einrichtungen und der hier tätigen Personen bekannt gegeben. Demnach beläuft sich die Zahl der Beschäftigten (ohne Kindertageseinrichtungen) auf rund 55.700. Das sind etwa 500 mehr als noch Ende 2010 (+0,9%). Dabei ist allerdings die Zahl der tätigen Personen in der Kinder- und Jugendarbeit zurückgegangen, während die für die Hilfen zur Erziehung gestiegen ist. ([www.it.nrw.de](http://www.it.nrw.de))

*Alt, C./Meiner-Teubner, C. u.a.: Datenbericht Betreuungsgeld. Auswertung amtlicher Daten und der KiföG-Länderstudien, München 2016*

Der „Datenbericht Betreuungsgeld“ ist erschienen. In einem Kooperationsprojekt zwischen der AKJ<sup>Stat</sup> und dem DJI wurden erstmals zahlreiche Ergebnisse zur Frage der Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes durch unterschiedliche Nutzergruppen zusammengefasst. Dafür hat die AKJ<sup>Stat</sup> detaillierte Analysen der amtlichen Daten zum Betreuungsgeld durchgeführt. Mit Hilfe von Auswertungen der KiföG-Länderstudien durch das DJI konnten weitere vertiefende Ergebnisse herausgearbeitet werden. Ein zentraler Befund ist, dass Eltern das Betreuungsgeld in den meisten Fällen zur Überbrückung nutzten, bis ein Betreuungsplatz gefunden war. ([www.akjstat.tu-dortmund.de](http://www.akjstat.tu-dortmund.de))

*NZFH/Forschungsverbund DJI/TU Dortmund (Hrsg.): Datenreport Frühe Hilfen, Köln 2015*

Der vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) und dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund herausgegebene Datenreport Frühe Hilfen 2015 präsentiert zum zweiten Mal Daten, Analysen und Ausblicke aus überregionalen Studien zur aktuellen Entwicklung und Ausgestaltung von Frühen Hilfen in Deutschland. Der Report stellt Ergebnisse aus der Prävalenz- und Versorgungsforschung des NZFH dar. Weitere Beiträge, u.a. von der AKJ<sup>Stat</sup>, befassen sich z.B. auf der Basis der KJH-Statistik mit der Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen im Bereich Frühe Hilfen oder auch der Schnittstelle zu den Hilfen zur Erziehung und zum Kinderschutz. ([www.akjstat.tu-dortmund.de](http://www.akjstat.tu-dortmund.de))

*Mühlmann, Th./Pothmann, J./Kopp, K.: Wissenschaftliche Grundlagen für die Evaluation des BKiSchG, Dortmund 2015*

Nach dem Evaluationsbericht der Bundesregierung (BT-Drs. 18/7100) zum Bundeskinderschutzgesetz (BKiSchG) wurden im Dezember 2015 auch dessen wissenschaftliche Grundlagen online veröffentlicht. Der Grundlagenbericht bündelt Erkenntnisse mehrerer Forschungsvorhaben von DJI, NZFH, FU Berlin und AKJ<sup>Stat</sup> und ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung der „Kooperationsplattform Evaluation BKiSchG“ durch die AKJ<sup>Stat</sup> im Forschungsverbund DJI/TU Dortmund. Die an diesem bis Ende 2015 aktiven (Forschungs-)Netzwerk beteiligten Projekte haben die Umsetzung und Auswirkungen des Gesetzes mit unterschiedlichen Methoden untersucht. ([www.akjstat.tu-dortmund.de](http://www.akjstat.tu-dortmund.de))

*Fendrich, S./Mühlmann, Th.: Machbarkeitsstudie (...) „Adoptionsatlas Deutschland“, Dortmund 2015*

Das Aufgabenfeld der Adoptionsvermittlung ist bundesweit bislang wenig erforscht. Insbesondere fehlen aktuelle, vergleichende Analysen regionaler Unterschiede. Vor dem Hintergrund der seit Jahren sinkenden Adoptionszahlen sowie des bestehenden (fach-)öffentlichen Interesses an der Thematik hat die AKJ-Stat in einer Machbarkeitsstudie analysiert, welche Möglichkeiten der raumbezogenen Auswertung der KJH-Statistik zu Adoptionen auch mit Blick auf einen „Adoptionsatlas“ bestehen. Die Expertise stellt einen Beitrag im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem „Expertise- und Forschungszentrum Adoption (EFZA)“ am DJI in München dar. ([www.akjstat.tu-dortmund.de](http://www.akjstat.tu-dortmund.de))